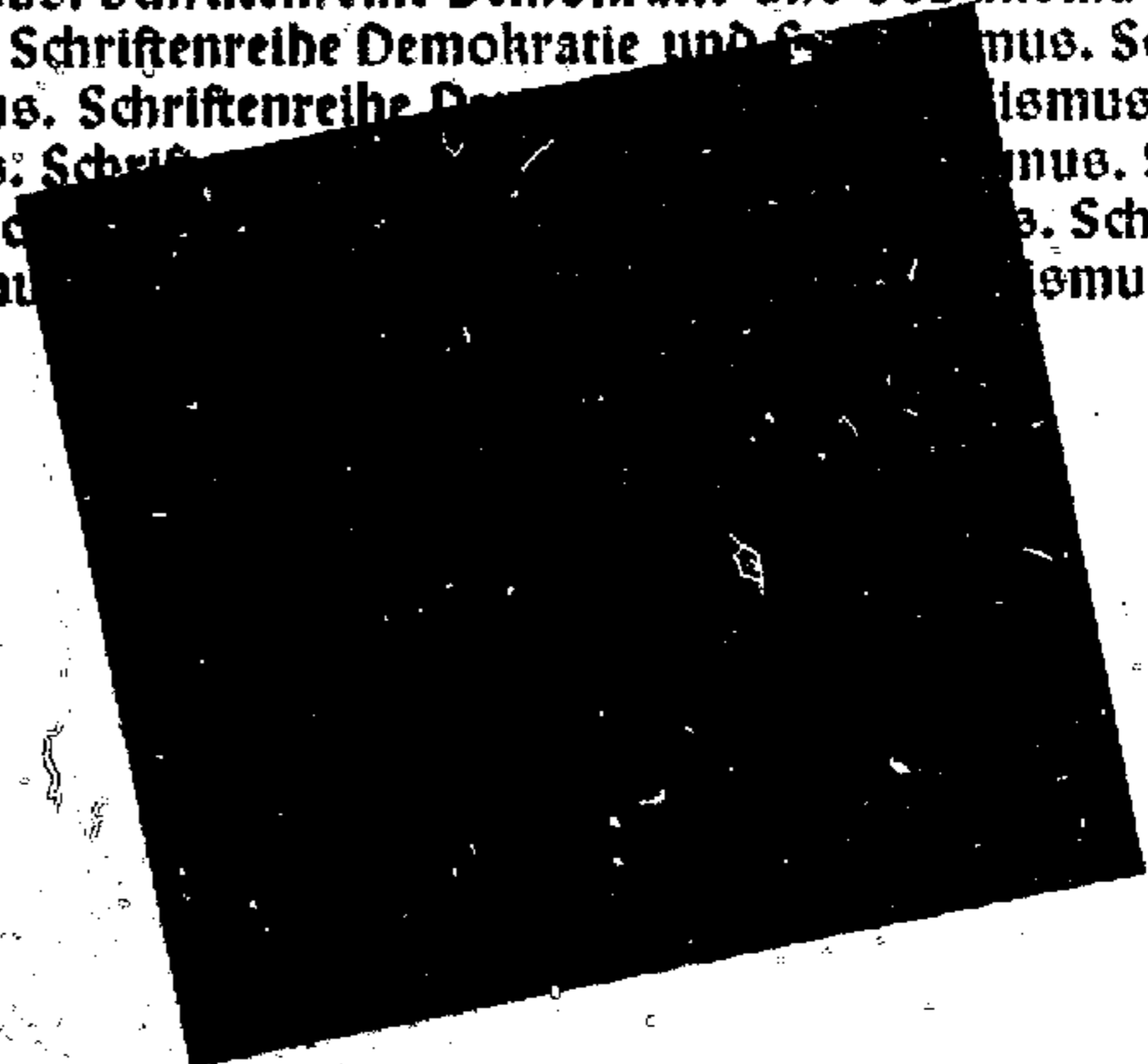
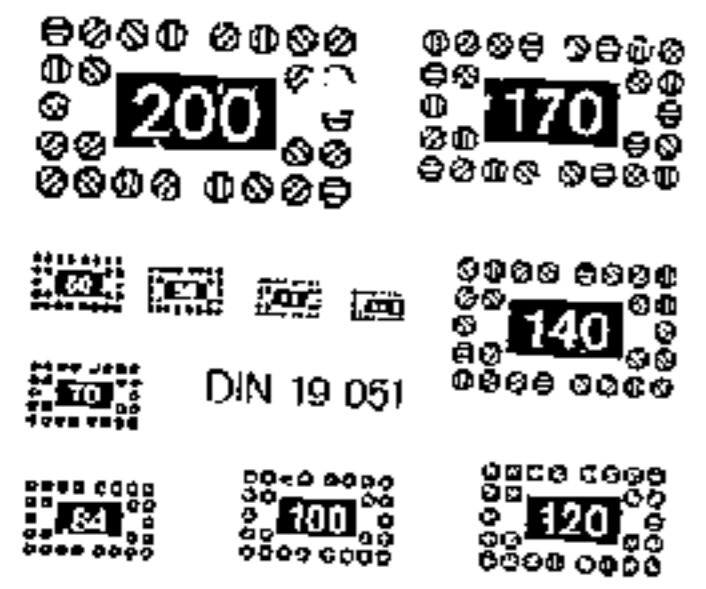


liemus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif
nus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrifte
ismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif
emus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrifte
emus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif
us. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrifte
alismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif
nus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrifte
emus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif
emus. Schrif
us. Schrif
alismus. Schrif



8160



KARL DROTT · OFFENBACH-M

SCHRIFTENREIHE: DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS
HEFT 8

SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

DAS
GÖRLITZER PROGRAMM

1947

BOLLWERK-VERLAG KARL DROTT-OFFENBACH A.M.

A. 8160

Inhalt:

	Seite
Vorbemerkung	5
Der erste Entwurf der Programmkommission für das Görlitzer Programm	7
Die wirtschaftlichen Forderungen:	8
Agrarfragen	9
Finanzen	9
Verfassung und Verwaltung	10
Kommunalpolitik	10
Sozialpolitik	11
Gesundheitspflege	12
Wohnungswesen	12
Rechtspflege	13
Kulturpolitik	14
Völkerbeziehungen und Internationale	15
Der geänderte Entwurf der Programmkommission	15
Anträge zur Abänderung des Entwurfs zum Görlitzer Programm	22
Das Parteiprogramm und der Bericht der Programmkommission	39
Diskussion über den Bericht der Programmkommission	42
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das auf dem Görlitzer Parteitag beschlossen wurde	66
Eine Pressestimme: Enttäuschung und Hoffnung	70

Quellen:

Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Görlitz 1921, erschienen im Verlag I. H. W. Dietz Nachfolger Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts Berlin, Berlin 1921

„Volksstimme“, Sozialdemokratisches Organ für Südwestdeutschland, 31. Jahrgang, Nummer 225 vom 26. September 1921
Erscheinungsort: Frankfurt am Main

Vorbemerkung.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie nach dem ersten Weltkrieg galt für die Sozialdemokratische Partei noch immer das Erfurter Programm aus dem Jahre 1891. Es war im Gegensatz zum Gothaer Programm kein Kompromiß zwischen Ideen Ferdinand Lassalles und Karl Marx, sondern eindeutig aufgebaut auf den Marx'schen Theorien. Der Wert des Erfurter Programms hat vor allem darin bestanden, daß es die Anhänger und Gegner der Sozialdemokratie zwang, sich mit diesen Theorien zu beschäftigen — gerade dieses Vertrautmachen mit den Erkenntnissen Karl Marx' und Friedrich Engels' gab dem Sozialdemokraten neben dem geistigen Rüstzeug vor allem die Gewißheit der besseren Zukunft, in der es keine Klassenunterschiede mehr gibt.

Solange die deutsche Sozialdemokratie in Opposition zu Regierung stand, genügte dieses Programm, obwohl schon lange vor dem ersten Weltkrieg eine ganze Reihe Kritiker forderten, daß das Programm den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müsse. Aber es kam zu keiner Reform des Programms. Diese Tatsache spricht gegen die damalige Sozialdemokratie. In den Jahren von 1891 bis 1921 ist die Entwicklung nicht stehen geblieben. Gewiß haben eine Reihe grundsätzlicher Forderungen des Erfurter Programms ihre Gültigkeit behalten, aber eine ganze Anzahl damaliger Formulierungen waren überholt. Die Sozialdemokratie hatte vor dem ersten Weltkrieg bereits in einer ganzen Reihe von Städten durch die Gemeindeparlamente einen starken Einfluß auf die Gestaltung des Kommunallebens, aber das Parteiprogramm wurde nicht verändert.

Es ist dabei interessant, daß das Erfurter Programm bereits zu dem Zeitpunkt nicht mehr aktuell war, als es angenommen worden ist. Dieses Programm lehnt sich in seinem grundsätzlichen Teil aufs engste an die Lehre Karl Marx', wie er sie in seinem 1. Band des „Kapital“ niedergelegt hat. Nun hat jedoch Karl Marx diesen 1. Band bereits im Jahre 1867 niedergeschrieben. Jeder, der sich mit Karl Marx des näheren beschäftigt hat, weiß, daß der rastlos forschende und studierende sozialistische Vorkämpfer in den folgenden Jahrzehnten manche neue Erkenntnisse gewonnen hat — Erkenntnisse, die um 1867 überhaupt nicht gefolgert werden konnten, weil eine Reihe Probleme damals noch nicht vorhanden waren. Die Zeit von 1867 bis 1891 brachte vor allem nach dem Kriege 1870/71 eine stürmische Aufwärtsentwicklung des liberalen Kapitalismus, sie zeigte aber auch bereits die verhängnisvolle Krisenanfälligkeit der ungebundenen Privatwirtschaft mit ihren Kapitalfehlentkungen, Absatzstöckungen, Zusammenbrüchen und einer bisher ungekannten Massenarbeitslosigkeit.

Ein noch größerer Widerspruch war dadurch gegeben, daß bereits ein gewisses Gegengewicht gegen die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft seitens der bürgerlichen Parteien geschaffen wurde, um ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie zu vermeiden. Es wurde neben der Sozialversicherung ein für damalige Verhältnisse durchaus beachtliches Arbeiterschutzgesetz geschaffen, die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Sonntagruhe durch Verordnungen in zahlreichen Berufen verankert, Frauen- und Kinderarbeit in einer Reihe Gewerbe verboten. Dadurch wurden bereits die schlimmsten Auswirkungen des liberalistischen Kapitalismus beseitigt, gleichzeitig wurde damit auch der Verelendung, der Proletarisierung der Arbeiterschaft entgegengewirkt. Auf alle diese Dinge ging das Erfurter Programm überhaupt nicht ein.

Je stärker aber die berechnete Kritik gegen das Erfurter Pro-

gramm wurde, umso klarer wurde erkannt, daß es ein ausgezeichnetes Agitationsprogramm war. Es hat die Nachteile des liberalistischen Kapitalismus für die breite Masse des Volkes zwar überbetont, aber diese Schäden umso überzeugender herausgestellt.

Mit diesem Programm trat die Sozialdemokratie 1918 das Erbe des Monarchismus an. Es mußte eine völlig neue Plattform gefunden werden für ein Programm, das den veränderten Voraussetzungen Rechnung trug.

Die damalige Zeit nach dem Zusammenbruch der deutschen Monarchie hat manche Ähnlichkeit mit der Zeit nach der Zertrümmerung des Nationalsozialismus. Die deutsche Sozialdemokratie beschloß damals das Görlitzer Programm, heute steht sie vor ähnlichen Fragen wie im Jahre 1921.

Programme sollen und müssen für eine längere Zeitspanne unveränderliche Gültigkeit bewahren. Das Görlitzer Programm hat sich nicht bewährt, es ist auch bald durch das Heidelberger Programm abgelöst worden. Wo alles in Fluß, alles in Bewegung ist, kann kein fester Grund gefunden werden. Ein Programm, das nur Augenblickswert hat, ist keines. Karl Marx hat dies sehr deutlich und überzeugend ausgedrückt in seiner Kritik am Gothaer Programm, die aber damals nicht beachtet wurde, weil die Einigung zwischen Lassalleern und Eisenachern den führenden Köpfen wichtiger erschien als das Programm.

Trotz allem war jedoch das Görlitzer Programm ein beträchtlicher Fortschritt gegenüber den vor drei Jahrzehnten festgelegten Grundsätzen. Aber wie war auch in den drei Jahrzehnten zwischen den beiden Programmen das Bild ein völlig anderes geworden! 1891 fiel gerade das Sozialistengesetz Bismarcks, mit dessen Hilfe die sozialdemokratische Bewegung ausgerottet werden sollte, wo die sozialdemokratische Presse und jede Agitation verboten war, wo Polizei und Staatsanwalt die sozialistische Arbeiterschaft knettelte und verfolgte — im Jahre 1921 hatte die Sozialdemokratie eine Macht in den Händen, die sie zugunsten der breiten Masse des Volkes in die Waagschale werfen konnte. Für das neue Programm bedeuteten diese veränderten Verhältnisse eine grundsätzliche Abkehr vom früheren agitatorischen Standpunkt, die bisherige Taktik des Ablehnens, des Kritizierens und des Nur-Forderns war überholt. Das Görlitzer Programm mußte die Mitarbeit bejahen, mußte grundsätzlich bereit sein, an der Regierung teilzunehmen und für das, was durchgeführt wurde, auch einzustehen.

Von dem bisherigen Erfurter Programm konnte damit in Görlitz zwar noch manches übrig bleiben, aber es begann eine völlig andere Entwicklung als bisher.

Der studierende Leser wird aus den Anträgen und der Aussprache feststellen, welche Schwierigkeiten es zu überwinden galt. Es kam hinzu, daß damals die Sozialdemokratie noch in die sogenannten Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gespalten war, die sich aber bald nach dem Görlitzer Parteitag wieder vereinigten. Diese Debatten und Anträge sind vor allem deshalb besonders interessant, weil die deutsche Sozialdemokratie nach dem Ende des sogenannten „Dritten Reiches“ vor ähnlichen Problemen steht.

Sämtliche Anträge und Reden sind ungekürzt den Protokollen entnommen, irgendwelche Auslassungen sind nicht vorgenommen. Aus der sozialdemokratischen „Volkstimme“ vom 26. September 1921, die in Frankfurt am Main herausgegeben wurde, findet der Leser noch eine ungekürzte Kritik des Parteitagsbeschlusses über das neue Programm, die das Bild abrunden möge.

Der Herausgeber.

Der erste Entwurf der Programmkommission für das Görlitzer Programm.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. Anstatt den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Überfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Versailler Diktat haben diese Entwicklung verschärft. Schroffer denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortschreitenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwuchern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiterer Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen- und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört weiterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu ist unerlässlich die entschiedenste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundsätzlich in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des werktätigen Volkes:

Die wirtschaftlichen Forderungen:

Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß:

1. Das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ergiebigkeit in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden:

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbrauchergenossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennützigste Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bürokratischer Erschwerung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe.

Berufungsmöglichkeit gegen die Entscheidung dieser Körperschaften an eine Zentralinstanz.

Preisregelung unter Kontrolle des Staates bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmittglieder der weiterverarbeitenden Gewerbebezüge und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Überführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

Agrarfragen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbesitz den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangsgenossenschaften.

2. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

3. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Belehrung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

4. Allmähliche Überführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

5. Förderung der Siedelung.

Urbarmachung von Oedländereien mit finanzieller Unterstützung des Reichs, der Länder und der Gemeinden.

Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.

6. Keine Ueberführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

7. Verleihung eines weitgehenden Enteignungs- und Vorkaufsrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden.

8. Beleihung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenbank. Übernahme der Sicherheit über eine bestimmte Beleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

9. Selbsthaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein geregeltes, freies Vertragsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

Finanzen.

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Ueberschusses, daneben progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerläßliche Forderungen zu betrachten.

Verfassung und Verwaltung.

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständische Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Kommunalpolitik.

I. Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung.

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Strafflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunal-einheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Gemeindefinanzen.

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Schulwesen.

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Wirtschaftsbetriebe.

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Sozialpolitik.

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weitgehende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechtes.

Insbesondere fordern wir:

a) Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.

b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährlichen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.

c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbefristetes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche.

g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienst- oder Werkwohnung Unabhängigkeit des Mietvertrags vom Arbeitsverhältnis.

h) Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.

4. Errichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und lokalen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger, mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Begriffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Schädigungen.

Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen.

Allgemeine Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sämtlicher sozialer Leistungen.

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Fester Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Gesundheitspflege.

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Übernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Spezialpräparaten. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Wohnungswesen.

1. Vergesellschaftung des Grund und Bodens.

2. Vergesellschaftung des Wohnungswesens. Überführung der Mietwohnungen und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.

3. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens.

4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Siedlungspolitik auf der Grundlage gartenstädtischer Ansiedlung. Förderung einer gesunden Verkehrspolitik und einer zweckmäßigen Dezentralisation der Industrie.

5. Bekämpfung des Wohnungselends durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

6. Errichtung eines Reichssiedlungsamtes, sowie von Landes- und Ortssiedlungsämtern. Betrauung dieser Ämter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen.

7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

Rechtspflege.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerichts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung der Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiederaufnahme neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechts-

irrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuregelung des Bodenrechts im Sinne des Oberigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Irrenrechts.

Kulturpolitik.

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft. Familien- und Gemeindeförderung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinschaftsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Gesetz gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache.

Trennung von Staat und Kirche.

Weltlichkeit der Schule.

Anerkennung jeder überkommenen oder werdenden Ueberzeugung.

Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Der geänderte Entwurf der Programmkommission.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische

Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese überträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerlässlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

Die wirtschaftlichen Forderungen

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz, an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung der Sozialisierung des Hypothekenwesens.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaft.

Sicherung der Steuerzahlungen und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit deswerbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberschusses.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Für die Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

I. Als Grundsätze der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Däten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommuneinheiten und Vereinigung von leistungsfähigen Zwerggemeinden. Übertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beseitigung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Für die Gemeindefinanzen:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nacharbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitsschädlichkeit und hoher Unfallgefahr. Äußerste Beschränkung der Nacharbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nacharbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Neuordnung des Rechts der Hausangestellten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge kinderreicher Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Für den Ausbau und die Verbesserung der Gesundheitspflege fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieben unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirt-

schaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Errichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung des Bedürfnisses, Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter ärztlicher Totenschau. Neuordnung des Irrenrechts.

Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Ein besonderes Wohngesetzbuch. Vergesellschaftung des Wohnungswesens und Ersetzung ungesunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Ausbau der Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtsicherheit für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Vertretungsrecht für Arbeitsekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechts, der Unmittelbarkeit.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung

der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung, Einschränkung der Abtreibungsstrafen; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: Einschränkung des freien Vertrages nach dem sozialen Bedürfnis; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz abhängiger Erfinder gegen Ausbeutung.

Zur Kulturpolitik

fixiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitsschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung, Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter, Zuziehung des Laienelements, Elternräte.

4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

5. Gesinnungs- und erkenntnistmäßige Erziehung zum Frieden.

6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftliche Volkshochschulen, Arbeiterakademien.

8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erhaltung der Kunstschatze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit, Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volksbühnen und der Volkskonzerte, Pflege der Heimatkultur.

9. Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Partei-sache, nicht Staatsache, Trennung von Staat und Kirche.

Die Völkerbeziehungen und Internationalität

erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Anträge zur Abänderung des Entwurfs zum Görlitzer Programm.

Koblenz: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

Eiberfeld: Der Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge sind der Programmkommission als Material zu überweisen.

Ein neuer Programmentwurf nebst Kommentar ist im Einverständnis mit dem Parteivorstand mindestens 4 Monate vor Stattfinden des nächsten Parteitages zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

Göppingen: Die Wahlkreis-Konferenz des 12. württembergischen Landtagswahlkreises Göppingen-Geislingen anerkennt die in dem vorgelegten Entwurf zum neuen Parteiprogramm geleistete Arbeit. Sie hält den Entwurf aber in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht für geeignet. Der Parteitag möge daher beschließen: Der Entwurf hat als Grundlage für die weitere Beratung bis zum nächsten Parteitag zu die-

nen. Der Parteitag erklärt, daß das neue Programm ein klares Bekenntnis der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln, enthalten muß.

Dresden: Der von der Programmkommission ausgearbeitete Entwurf zum neuen Parteiprogramm ist, trotz der vielen mühevollen Arbeit, die in ihm enthalten ist, infolge seiner inneren Widersprüche und Halbheiten vom Parteitag abzulehnen. Der Parteitag möge eine neue Programmkommission erwählen, die vor allen Dingen in der Frage der Sozialisierung und in den Fragen der Kulturarbeit unserer Partei, genaue Richtlinien gibt. Aufgabe des Parteitages muß es zunächst sein, sobald als möglich ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches der Partei ermöglicht, klare Marschrouten zu befolgen.

Weimar: Der vorliegende Entwurf ist abzulehnen; das alte Programm in seinen wesentlichsten Teilen ist beizubehalten. Erforderlich ist dagegen ein Aktionsprogramm, zu welchem einzelne Teile des Entwurfs benutzt werden können.

Preetz: Eine bessere und klarere Fassung des Programmentwurfs. Vor allen Dingen muß der Klassenkampf schärfer hervorgehoben werden.

Köln und Koblenz: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

Stuttgart: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Das Parteiprogramm in Görlitz noch nicht endgültig festzusetzen, jedoch die nötigen Vorarbeiten für ein neues Programm zu treffen. 2. Ein wirtschaftliches Aktionsprogramm für die kommenden Aufgaben und Kämpfe ausarbeiten.

Lüneburg: Die am 31. Juli 1921 in Lüneburg tagende Unterbezirkskonferenz (Bezirk Hannover) erblickt in dem vorliegenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine wenig geeignete Grundlage für ein neues Parteiprogramm, da sie in dem Entwurf eine grundsätzliche Klarheit und Herausarbeitung sozialistischer Grundgedanken vermißt. Die Unterbezirkskonferenz erwartet vom Parteitag in Görlitz, daß er den Entwurf an die Programmkommission zurückverweist, und damit die Schaffung eines neuen Programms überhaupt noch zurückstellt.

Sälzungen: Die am 23. Juli 1921 tagende Versammlung des Bezirksvereins Sälzungen befaßte sich eingehend mit dem zur Debatte stehenden Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms. Sie setzt in ihrer überwiegenden Mehrheit das Vertrauen in die Beratungen des Parteitages, daß eventuelle Mängel in diesem Entwurf nach gründlicher Beratung beseitigt werden.

Die anwesenden Genossen und Genossinnen bringen zum Ausdruck, daß in dem grundsätzlichen Teil des Entwurfes in markanten Worten die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschildert werden. Es wird aber der Weg, auf welchem der Sieg des Proletariats erreicht und die im Entwurf festgelegten Forderungen durchgeführt werden können, vermißt.

Um Mißverständnissen über den Charakter unserer Partei und allzu philanthropischen Auslegungen des Programms vorzubeugen, beantragt die Versammlung, daß noch folgendes den grundsätzlichen Forderungen hinzugefügt werden möge:

Der Kampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter führt notwendigerweise zur schärfsten Auseinandersetzung. Die Bourgeoisie ist Verteidiger des Privateigentums und somit für Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Befreiung der proletarischen Klasse nur ihr eigen Werk ohne Hilfe anderer Klassen.

Darmstadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm erscheint sowohl in seinem grundsätzlichen wie auch praktischen Teil nicht geeignet, als brauchbare Grundlage für ein zukünftiges sozialdemokratisches Programm zu dienen. Aus diesem Grunde nimmt der Parteitag davon Abstand, schon in diesem Jahre ein endgültiges Programm zu beschließen.

Um aber den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist es notwendig, ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches in der nächsten Zeit der Partei als Richtschnur und Wegweiser dienen kann. Zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Entwurfs wird bei Beginn des Parteitages eine Kommission gebildet, welche nach Erledigung der ersten vier Tagesordnungspunkte ihre Arbeit dem Parteitag zur Diskussion und Beschlusfassung zu unterbreiten hat. Die endgültige Programmrevision wird auf mindestens ein Jahr zurückgestellt.

Königsberg i. Pr.: Der Sozialdemokratische Verein Königsberg ist der Ansicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungeeignet zur Schaffung eines Programms ist. Die ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten nicht, schon heute theoretische Richtlinien für die Zukunft aufzustellen. Der Verein erwartet daher vom Parteitag, daß in Görlitz nur neue Richtlinien für den Tageskampf aufgestellt werden, die Formulierung der theoretischen Forderungen aber einer ruhigeren Zukunft vorbehalten bleibt.

Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen: Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen ist der Auffassung, daß der vom Parteivorstand veröffentlichte Entwurf zu einem Parteiprogramm auf dem Parteitag in Görlitz nicht angenommen werden kann. Der bekanntgegebene Entwurf ist vollständig unfertig, unklar und in keiner Beziehung übersichtlich und entspricht auch nicht voll und ganz den sozialdemokratischen Grundsätzen und der sozialistischen Auffassung, von denen die Arbeiter und Angestellten durchdrungen sind.

Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat fordern, daß der Programm-entwurf nochmals an die Programmkommission zurückgegeben, dieselbe eventuell anders zusammengesetzt, damit bei neuen Beratungen den Auffassungen der Massen mehr Rechnung getragen wird.

Insterburg: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht geeignet. Wir fordern, daß das neue Programm insbesondere enthalten muß: 1. Bekenntnis zum Klassenkampf; 2. klares Bekenntnis zur Sozialisierung; 3. klares Bekenntnis zur sozialistischen Republik; 4. ein eigenständiges klares Agrarprogramm; 5. klare Stellungnahme zum Heerbann.

Aue i. Erzgeb. (Entschlußung.) Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Aue i. Erzgeb. vom 8. August 1924 lehnt sich mit dem Entwurf zum Parteiprogramm nicht einverstanden erklärend und verlangt: 1. im Entwurf eine schärfere Betonung der Notwendigkeit des Klassenkampfes; 2. textliche Abklärung des Entwurfs und volle Klarheit der Sätze; 3. den so abgeklärten Entwurf einer gemeinsamen

Vorstandskonferenz der SPD. und USPD. vorzulegen, um die Wiedervereinigung beider Parteien auf dieser Grundlage vorzubereiten.

Hamburg: Die Einleitung des Parteiprogramms ist unter Verzicht auf einen allgemeinen theoretischen Teil wie folgt zusammenzufassen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystem durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. In der kapitalistischen Welt herrscht, noch verschärft durch die unheilvollen Auswirkungen des Weltkrieges, die Tendenz, die wirtschaftliche Ungleichheit und damit die Klassengegensätze immer krasser zu steigern. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber. Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Daher fordert die Sozialdemokratie:

Im Anschluß an diese Einleitung sind in knappster Formulierung die Forderungen der Partei aufzustellen, und zwar in folgenden Gruppen:

1. Wirtschaftspolitische Forderungen, worunter die Förderung des gemeinnützigen Genossenschaftswesens und der Schutz aller Erfinderrechte durch den Staat kräftig hervorzuheben sind.

2. Agrarfragen, wo an die Spitze der folgende Satz gestellt werden müßte: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet.“

3. Finanzen, wo nicht auf den Versailler Vertrag Bezug zu nehmen, sondern nur kurz zu sagen ist: „Für die Finanzpolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden fordert die Sozialdemokratie...“ und wo die Forderungen „Schonung des niedrigen Arbeitseinkommens“ an die Spitze zu stellen und eine entschiedene Ablehnung von indirekten Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel aufzunehmen ist.

4. Verfassung und Verwaltung, worunter kurz zusammengefaßt die kommunalpolitischen Forderungen mit aufzunehmen sind.

5. Bevölkerungs- und Sozialpolitik, worunter zuerst die Forderungen für eine gesunde, dem sozialistischen Aufbau sich anpassende planmäßige Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer körperlichen und geistigen Erziehung des einzelnen wie der Gesamtheit aufzuführen und anschließend die veröffentlichten Forderungen des Entwurfs über Sozialpolitik, zu denen noch die Forderung „Ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien“ aufzunehmen ist.

6. Beamtenrecht, worunter die im Entwurf aufgeführten Forderungen für die Beamten mit Ergänzungen, die sich aus Anträgen ergeben werden, aufzunehmen wären.

7. Gesundheitspflege, wie Entwurf.

8. Wohnungswesen, wo die zweimalige Forderung der Vergesellschaftung, die im grundsätzlichen Teil schon ausgesprochen ist, wegfallen müßte.

9. Rechtspflege, wo der Fassung des Entwurfs im Absatz „Zivilprozeß“ hinter „menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung“ die Worte „Belassung des Existenzminimums bei jeder Lohnbeschlagnahme“ und im Absatz „Strafrecht“ noch die „Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung in sozial und gesundheitlich begründeten Fällen“ als Forderung eingefügt werden müßten.

10. Kulturpolitik, worunter ganz neu ein Hauptabschnitt „Schule“ aufzunehmen wäre mit folgender Einleitung:

Um allen im Volke keimenden und aufstrebenden Kräften und Fähigkeiten freie und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten, fordert die Sozialdemokratie den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens nach dem Grundsatz: daß jedem Kinde der unentgeltliche gleiche Bildungsgang offen steht vom Kindergarten bis zur Universität. Im einzelnen fordert die Sozialdemokratie:...

Hierunter müßten die Forderungen gebracht werden, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in Hamburg aufgestellt und dem Parteitage als Sonderantrag zum Programm eingereicht sind. Besonders betont werden müßte die Forderung „Umfassende Hilfe des Staates für die Kinder armer Eltern, um jede Behinderung im Aufstieg eines Kindes aus sozialen Gründen auszuschließen“.

11. Weltpolitik, Völkerrecht und Internationale. Unter diesem Schlußabschnitt müßte der leitende Gedanke der Außenpolitik der Sozialdemokratie wie folgt an die Spitze gestellt werden:

Die Herbeiführung und Erhaltung eines dauernden, von allen Völkern freiwillig anerkannten und geachteten Weltfriedens ist das oberste Ziel der Sozialdemokratie. Sie fordert aus diesem Grunde: 1. Ersetzung des Vertrages von Versailles durch einen wirklichen Friedensvertrag, der ohne Kränkung, ohne Willkürbestimmungen und ohne Beschränkung der Arbeit der besiegten Völker ist. 2. Gleichberechtigung aller Völker auf allen Meeren der Welt und allen Wasserstraßen, die die Meere verschiedener Länder untereinander verbinden. Offene Märkte für den Handel aller Völker in den Ländern und Kolonien der ganzen Welt.

Hier anschließend könnten die im Entwurf veröffentlichten Forderungen Gesetz werden, unter Streichung der „Internationalisierung der Wasserstraßen und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür“ in Ziffern 5 und 6 des veröffentlichten Entwurfs, da diese Forderungen in der beantragten Neufassung der Absätze 1 und 2 enthalten sind.

19. Schulforderungen,

ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Hamburgs.

Schule und Erziehung.

Das Leben der Gesellschaft bewegt und gestaltet sich mit der Formentfaltung ihrer Wirtschaft. Die materielle und geistige Produktion entfesselt in mannigfaltiger Wechselwirkung die Gesamtkräfte ihrer Glieder. Dies Gesetz gilt auch für die Schule. Sie ist für die Jugend die Form der Arbeit im Dienste der Gemeinschaft, die des instinktsicheren, schöpferischen, verantwortungsbewußten Menschen bedarf.

Die Schule wird damit zu einem aufbauenden Gliede der sozialistischen Gesellschaft; sie ist nicht mehr Fremdkörper, sondern Wesensteil der Gesellschaft. Sie ist Lebensstätte der Jugend; sie unterbricht nicht die natürliche Entwicklung, sondern fördert sie; ihr oberstes Gesetz ist die

Unverschrtheit des Kindes. Sie ist nicht Werkzeug kirchlicher und politischer Parteien, dient nicht Dogmen und Programmen, ist nicht abhängig von Klassen und Ständen. In einheitlichem Aufbau vom Kindergarten bis einschließlich zur Hochschule dient sie der Gesamtheit des Volkes.

Nächste Forderungen.

Innere Schulgestaltung.

Entwicklung der Schule aus einer Unterrichtsanstalt zu einer erzieherischen Arbeitsgemeinschaft.

Bildung der Persönlichkeit durch die Gemeinschaft für die Gemeinschaft auf dem Wege produktiver, körperlicher und geistiger Arbeit.

Ausbau der Schule zu einem Haushalt mit eigener wirtschaftlicher und geistiger Bedürfnisbefriedigung.

Die Schule, einschließlich der Hochschule, als Arbeits-, Lehr- und Kulturstätte der Jugend mit ihren Lehrern und anderen zur Erziehung Berufenen (Handarbeitern, Künstlern) als Führern.

Erziehung zur Selbstregierung, Selbstaules der Begabungen durch vielgestaltige Arbeit auf dem Gebiete des Erkennens, Gestaltens und Handelns.

Aufbau und Verzweigung des Schulwesens nach der Richtung, daß keine Begabung eine Schranke findet.

Ausbildung der besonderen Anlagen in freien, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen Arbeitsgemeinschaften.

Beseitigung des Prüfungs- und Berechtigungswesens.

Verbindung der Kinderhilfe jeglicher Art mit der Schule.

Umgestaltung der Horte, Jugendheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten (auch Gefängnisse) in Stätten helfender, fürsorgender und rettender Gemeinschaften.

Einheitsschule.

Öffentliche Kindergärten für das vierte bis sechste Lebensjahr, deren Besuch auf Anordnung der Jugendämter zur Pflicht gemacht werden kann.

Mindestens sechsjährige Grundschule.

Anschließend eine mindestens zweijährige Pflichtschule als Uebergang zur Berufs- und Fortbildungsschule bis zum achtzehnten Lebensjahre.

Sechsjährige Oberschule im Anschluß an die Grundschule. Möglichkeit von Uebergängen von einer Schulart zur anderen.

Hochschulen als Berufsschulen für besondere Begabungen und als wissenschaftliche Forschungsstätten.

Volkshochschulen als freie Arbeitsgemeinschaften zur Weiterbildung ohne Rücksicht auf Vorbildung zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Besondere Einrichtungen für körperlich, geistig oder sittlich abnorme Kinder.

Beseitigung des Schulgeldes, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Erziehungsbeihilfen, Freifahrten bei notwendigen Schulwegen und Schülerwanderungen, Verbot des Lohnabzugs für den Fortbildungsschulbesuch.

Weltliche (bekenntnisfreie) Schule.

Keine Trennung nach Glaubensbekenntnissen für Kinder und Lehrer. kein Religionsunterricht.

Schulverwaltung.

Einheitliche Schulverwaltung für alle Schulgattungen nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Verantwortlichkeit des Lehrkörpers für die Arbeit jeder einzelnen Schule. Teilnahme der Eltern an der Arbeit der Schule. Verwaltung jeder einzelnen Schule durch Lehrkörper und Elternrat. Wahl der Elternräte durch die Elternschaft der Schule. Wahl des ehrenamtlichen Schulleiters durch den Lehrkörper und durch den Elternrat auf Zeit.

Bei Fach- und Berufsschulen Fachbeiräte, die von den entsprechenden Berufen gewählt werden. Wahl derselben durch die Berufsangehörigen. Mitwirkung der Schüler durch Schülerräte. Mitwirkung der Lehrer und Eltern auf allen Stufen der Schulverwaltung durch eine für alle Schulgattungen gemeinsame Eltern- und Lehrerkammer sowie durch gewählte Eltern und Lehrer bis zur Reichsschulbehörde und Reichsschulkammer hin. Schulaufsicht im Auftrage des Staates durch Schulfachleute. Berufung derselben durch staatliche Behörden unter Mitwirkung von Eltern- und Lehrerkammern.

Lehrerbildung.

Ausbildung aller Lehrer auf der Hochschule. Abschaffung besonderer Lehrerbildungsanstalten.

Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm einzufügen: „Wir fordern Sozialisierung des Buchgewerbes und der Presse, insbesondere Trennung des Inseratenwesens von der Presse, Herausgabe besonderer Annoncenblätter im Staatsmonopol.“

Der § 5 des Erfurter Programms, der da heißt: „Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen,“ ist in das neue Programm mit hinüberzunehmen.

Um das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und internationale Kongresse wirksamer zu gestalten sowie große Ersparnisse an Zeit und Kosten für Uebersetzungen zu machen, ist im Parteiprogramm die Einführung einer internationalen Hilfssprache zu fordern.

Unter Völkerbeziehungen ist nach „Nationaler Selbstbestimmung usw.“ aufzunehmen: „Revision aller umstrittenen und aller seit 1918 durch Machtspruch geregelten Staatsgrenzen durch Volksabstimmung nach Gemeinden, frei von jedem militärischen Druck und unter ausschließlich neutraler Leitung und Kontrolle. Wo die Verwirklichung des Abstimmungsergebnisses der einzelnen Gemeinden zur Bildung einschlossener fremdstaatlicher Gebiete (Enklaven) führen oder auf unverhältnismäßig große verkehrstechnische Hindernisse stoßen würde und die beteiligten Staaten sich nicht anderweitig einigen, Ziehung der Grenze nach dem Grundsatz, daß die nationalen Opfer zu beiden Seiten im Ganzen gleich groß sind. Völkerrechtlicher Schutz aller verbleibenden nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit und im Sinne freier Selbstregierung und Selbstverwaltung. Parteilichkeit aller demgemäß organisierten größeren nationalen Minderheiten vor dem internationalen Schiedshof.“

Breslau-Stadt: Der Parteitag möge als Aktionsprogramm beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die politische Organisation, in der die deutsche Arbeiterschaft der ganzen Welt ihre geschicht-

liche Sendung erfüllen und die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsform erkämpfen will. Die SPD. bekennt sich zu der Ueberzeugung, daß bei dem in den großen Industrieländern erreichten Stand der wirtschaftlichen Produktion der weitere gesellschaftlich notwendige technische Fortschritt und die Beteiligung jedes einzelnen am Arbeitsertrag der ganzen menschlichen Gesellschaft nur bei fortschreitender Vergesellschaftung der Produktionsmittel und bei völliger Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen erreicht werden kann. Die SPD. wird durch den Glauben geieit, daß nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Freiheit jedes Einzelmenschen von wirtschaftlicher Ausbeutung und gesellschaftlichem Zwang und Verwirklichung der höchsten Kulturwerte gesichert werden kann. Sie ist sich bewußt, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zieles immer wieder nachgeprüft und den Zeitumständen angepaßt werden müssen.

Angesichts der gegenwärtigen, durch den Weltkrieg und seine Nachwirkungen entscheidend beeinflussten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitlage erstrebt die SPD. zunächst die Erfüllung folgender Forderungen:

Wirtschaftspolitische Forderungen

1. Sozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Hierfür Schaffung sich selbst verwaltender Körperschaften mit dem Zwecke der Steigerung der Produktion, unter Sicherung des Allgemeininteresses und bei wachsender Gewinnbeteiligung der Volksgesamtheit.

2. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, stärkere Mitwirkung der Verbrauchergenossenschaften bei der Verteilung der von den Kommunen zu bewirtschaftenden Bedarfsgüter.

3. Durchführung des Kasseler Agrarprogramms.

4. Verschärfte Ein- und Ausfuhrkontrolle.

Sozialpolitische Forderungen

1. Einheitliches Arbeitsrecht! Sicherung des verfassungsmäßig gewährleisteteten Koalitionsrechtes in der weiteren Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung.

2. Schleunige Durchführung des das wirtschaftliche Rätssystem betreffenden Artikels der Reichsverfassung.

3. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

4. Allgemeine Arbeitslosenversicherung.

5. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

6. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitsschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

7. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens. Bekämpfung des Wohnungsleids durch Beseitigung ungesunder Wohn-

stätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von neuen Wohnungen mit Hilfe von Krediten des Reiches, der Länder und Gemeinden unter Verbilligung der Herstellung durch Betriebsleitung der Baugewerkschaften.

Finanzpolitische Forderungen.

1. Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.
2. Besondere Besteuerung derjenigen Werte, die von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffen werden.
3. Weiterer Ausbau der Kapitalsertrags-, der Nachlaß- und der Erbschaftssteuer. Umwandlung des Reichsnotopfers in eine jährliche Vermögensabgabe auf Grund des jeweiligen Vermögensstandes.
4. Abbau der indirekten Steuern auf lebenswichtige Gegenstände, sobald es die deutsche Finanzlage gestattet.
5. Allmählicher stufenweiser Abbau des Zinsfußes der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen mit dem Ziele ihrer völligen Annullierung unter Schonung des arbeitsunfähigen Kleinrentnerturns.
6. Fortschreitende Erfassung der Steuern an der Quelle.

Innenpolitische Forderungen.

1. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die nur regionale oder lokale Bedeutung haben.
2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung einschränken oder unterdrücken.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich oder privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
4. Abschaffung der Reichswehr, sobald durch eine internationale Rechtsordnung der Schutz der Landesgrenzen gewährleistet ist. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte.
5. Durchführung der Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählten Volksvertretungen. Aufhebung der Bevorzugung der Juristen bei der Besetzung der höheren Verwaltungsstellen. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrung. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner.
6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsabstandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen unter Mitwirkung von Volksgewählten Richter in allen Instanzen. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe. Neuordnung des Miets- und Wohnungsrechtes. Begrenzung des Erbrechtes. Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschäftigung auf Anwälte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterkategorie im Zivilprozeß. Bessere Sicherstellung des Klagerchtes der Armen.

Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Internationaler Zusammenhalt der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechtes.

2. Unterstützung aller Bestrebungen, die bereits unter den gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsformen den Gedanken der überstaatlichen Völkergemeinschaft vorzubereiten geeignet sind. Eintreten für einen Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt.

3. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes.

4. Ausbau des Völkerbundes. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

5. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

6. Im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts nationale Selbstbestimmung der Völker.

7. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

8. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten, unter Ausschluß aller Geheimverträge.

9. Eine Handels- und Verkehrspolitik, die sich das Ziel der Wiederbeziehung der deutschen Volkswirtschaft in einen freien weltwirtschaftlichen Gütertausch setzt.

Kulturpolitische Forderungen.

A. Für die Jugenderziehung.

1. Einheitlicher Aufbau des Bildungswesens vom obligatorischen Kindergarten bis zur Hochschule. Sechsjährige Grundschule. Scheidung nach Begabungstypen. Kernunterricht und wahlfreie Kurse auf der Oberstufe.

2. Weiterzige Förderung aller Bestrebungen auf Erneuerung und seelische Vertiefung der Schule.

3. Weltlichkeit der staatlichen Schule.

4. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

5. Abschaffung der Schul- und Hochschulabschlußprüfungen. Statt dessen Zeugnisse über Charakter, Befähigung und Kenntnisse auf Grund des von den Lehrern in der gemeinsamen Arbeit mit den Schülern gewonnenen Gesamteindrucks.

6. Ausbau der Selbstverwaltung zur Schulgemeinde der Lehrer, Schüler und Eltern.

7. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke. Ausbau der gesundheitlichen Fürsorge für die Schuljugend.

8. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Verpflegung an den staatlichen Schulen. Heranziehung aller Staatsbürger zu den Schullasten durch eine progressive Schulsteuer.

9. Einheitlichkeit in Ausbildung und Besoldung der Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen.

B.

Ausbau der Volkshochschulen zu Arbeitsgemeinschaften, in denen der schulentwachsenen Bevölkerung Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft volkstümlich vermittelt werden.

Religion ist Sache innerer Ueberzeugung, nicht Staatssache, nicht Parteisache. Trennung von Staat und Kirche.

Zwickau. Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms.

Die Notwendigkeit gründlicher, eingehender Erörterungen und Diskussionen über das zu schaffende Parteiprogramm gebietet, die Beschlußfassung darüber auf den nächsten Parteitag zu vertagen.

Deswegenachtet muß der Görlitzer Parteitag zur Befruchtung der abschließenden Programmarbeit die Programmfrage umfassend diskutieren und beschließen, daß unser neues Parteiprogramm enthalten muß:

1. Die Feststellung, daß uns der Sozialismus mehr ist, als eine nur ökonomische Angelegenheit, daß wir unter ihm die Gestaltung unseres gesamten sozialen Daseins verstehen, zu dessen Errichtung uns die sozialistische Gütererzeugung und -verteilung nur Voraussetzung, nicht Endzweck ist.

2. Das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, im gleichen Maße für die Umstellung der ökonomischen Verhältnisse zu kämpfen und an der Erziehung des sozialistischen Menschen zu arbeiten.

3. Die Festlegung, daß jetzt die Verwirklichung des Sozialismus an Stelle der nunmehr verwirklichten politischen Demokratie zum ersten Angriffsziel in den Vordergrund getreten und die Demokratie nur noch Verteidigungsobjekt geworden ist.

4. Eine genaue Umschreibung des Weges, auf dem wir die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wollen; dabei vor allem eindeutige Stellungnahme für die Sozialisierung und zu dem Wie der Sozialisierung.

5. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus.

6. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

7. Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf.

Zwickau: Für den Fall, daß der Görlitzer Parteitag die Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm vertagt, fordern wir, daß er der Partei ein durchschlagendes, kurzes Aktionsprogramm gibt, das unsere Gegenwartsaufgabe knapp und klar umschreibt und bis zur Fertigstellung unseres neuen Programms Geltung behält.

Breslau-Stadt: Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

Dresden: Der 5. Unterbezirk Dresden-Altstadt lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als gänzlich undiskutabel ab. Er ist zufolge seiner Unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gesinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk

fordert darum, daß der Parteitag die Zusammensetzung der Programmkommission ändert, indem er entschiedene Vertreter des entscheidenden Sozialisierungsgedankens in diese entsendet.

Dresden: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist abzulehnen. Das Programm muß klar und bestimmt das Ziel unserer Bewegung, die sozialistische Lebensordnung, zum Ausdruck bringen. Zur Sozialisierung als das Entscheidende muß bestimmt Stellung genommen und dabei die Untersuchung und die Erfahrungen unserer Wirtschaftstheoretiker und Praktiker benutzt werden.

Dresden: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als undiskutabel abzulehnen. Das endgültige Programm muß enthalten: 1. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus und der Sendung der Arbeiterklasse. 2. Ein Bekenntnis zum Klassenkampf. 3. Eine klare Stellungnahme zu der Frage, welche Sozialisierungsmaßnahmen in Zukunft durchzuführen sind. Die Programmkommission ist diesen Forderungen entsprechend zusammenzusetzen. Dem Parteitag ist anheimzugeben, für die programmlose Zeit ein Aktionsprogramm zu schaffen.

In dem Programm muß klar und deutlich ausgedrückt sein, daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn diese im Programm fehlt, ist jedes Parteiprogramm für uns unannehmbar.

Die Stellungnahme zu den schwebenden politischen Fragen gehört in ein Aktionsprogramm.

Deshalb fordern wir nochmalige, gründliche Durcharbeitung eines neuen Parteiprogramms, das neben seinem wissenschaftlichen Gehalt auch einen agitatorischen, die Massen überzeugenden Inhalt besitzen muß.

Köln: 1. Im grundsätzlichen Teile möge das neue Programm entsprechend dem Erfurter Programm den Klassenkampf ausdrücklich als Mittel und Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnen. — 2. Die 11 Gruppen politischer Forderungen mögen in folgender logischer Reihenfolge aufgestellt werden: a) wirtschaftspolitische Forderungen unter Einschluß der Agrarfragen; b) sozialpolitische Forderungen: Arbeiterfragen, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege; c) kulturpolitische Forderungen: Erziehung, Schule, Jugendbewegung, Wissenschaft und Kunst, Stellung zur Religion; d) staatspolitische Forderungen: Verfassung und Verwaltung, Finanzen, Kommunalpolitik, Völkerbeziehungen und Internationale. — 3. Unter den Agrarfragen möge die Forderung der Vergesellschaftung des Grund und Bodens, sofern er kapitalistischer Ausbeutung dient, ausdrücklich an die Spitze gestellt werden. — 4. Absatz 4 des Abschnittes Kulturpolitik im vorliegenden Programm-entwurf möge folgende Fassung erhalten: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache. Deshalb Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der als Einheitsschule aufzubauenden Schule. Im übrigen Freiheit und Duldung für jede überkommene oder werdende Ueberzeugung.

Unterbezirk Unterweser: Im Programm ist unter Sozialpolitik aufzunehmen: Alle Arbeiter, die 25 Jahre Alters- und Invaliditätsmarken geklebt haben und 60 resp. 65 Jahre alt sind, sind auf ihren Antrag aus der Arbeit zu entlassen und dafür jüngere Kräfte einzustellen aus den Reihen der Erwerbslosen. Den Antragstellern ist zu ihrer Alters- bzw. Invalidenrente soviel Zuschuß aus einer dieser Versiche-

rungskassen zu gewähren, daß sie das Existenzminimum eines gewöhnlichen Arbeiters erreichen.

Marburg a. d. Lahn: Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Nassau) richten an den Parteitag in Görlitz das dringende Ersuchen, auf eine unwälzende Reform der Hochschulen in Volksuniversitäten hinzuwirken und auf dieses wichtige Kapitel bei der Neufassung unseres Parteiprogramms ein besonderes Augenmerk zu richten.

Halle a. d. S.: Der Ortsverein Halle der SPD. schließt sich dem Antrag der Breslauer Parteigenossen zum Programmwurf in folgenden Forderungen an:

Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf zu einer sozialistischen umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

In diesem Programm sind aus dem Erfurter die Teile zu übernehmen, die von der ökonomischen Entwicklung bestätigt oder unerschüttert sind.

Oliching: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die Agrarfrage umgehend in Bearbeitung zu nehmen.

Königsberg i. Pr.: In dem Abschnitt Kulturprogramm ist der Satz einzufügen: Verbot alles Privatschulwesens.

Salzungen: Der Punkt 7 betr. Entschädigung bei Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum ist zu streichen und diese Frage den jeweiligen Machtverhältnissen zu überlassen.

Eiberfeld: Folgende Forderung ist aufzunehmen: Kurzfristige Ermittlung des Index aller Bedarfsgegenstände durch die behördlichen Organe im Einvernehmen mit den Organisationen der Konsumenten und den Gewerkschaften zwecks Feststellung des Existenzminimums.

Gesetzliche Gewährleistung des Existenzminimums.

Der Punkt 7 ist zu streichen.

Weimar: Im Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale“ erhält Punkt 8 folgende Fassung:

8. a) Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert, aber auch die Autorität des Völkerbundes gewährleistet. Notwendigkeit, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Abschaffung der stehenden Heere, ihr Ersatz durch Volkwehren. Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben der internationalen Rechts und zum Schutze der inneren Sicherheit. Körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Hass- und Rachegeistes.

Eiberfeld: Der letzte Teil des Punktes 9 von dem Worte „Sicherstellung“ ab ist zu streichen und an dessen Stelle die Worte zu setzen: „Sicherstellung der Existenz gewährleistet“.

Ghemnitz: Der Parteitag wolle beschließen, darauf hinzuwirken, daß auch in Deutschland ein Reichsferiengesetz für alle Arbeitenden geschaffen wird und daß diese Forderung mit in das neu zu schaffende Aktionsprogramm aufgenommen wird.

Eiberfeld: Zum Programmwurf ist unter „Völkerbeziehungen unter Internationale“ folgender Passus einzufügen: „Internationale Regelung der Rohstoffverteilung nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs in Industrie und Landwirtschaft.“

Aachen: Für die Uebergangszeit ist ein Aktionsprogramm zu schaffen, das der heutigen Zeit in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung Rechnung trägt.

Unterbezirk Göttingen: Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

Aachen: Der Parteitag bestimmt eine Kommission, welche ein Programm ausarbeitet, das den revolutionären Gedanken wie die Weiterführung des Klassenkampfes in sich birgt.

Poppenbrügge-Meimersdorf: Der Parteitag möge den neuen Programmwurf ablehnen und dafür ein neues revolutionäres Programm, das das arbeitende, schaffende Proletariat in seinem schweren Lebenskampfe mit aller Kraft verteidigt und die SPD. zur wirklichen Kampforganisation ausgestaltet, schaffen.

St. Ingbert (Saargebiet):

1. Aus der Erwägung, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich und daher kurz sein soll, wolle sich der Parteitag auf einen Entwurf festlegen, der für jedes Gebiet als ersten Punkt das Ziel aufstellt. Diesem Ziele eine kurze Erläuterung vorzuschicken, ist durchaus angebracht.

Die anderen Punkte sollen Wege und Richtlinien darstellen, die bis zum endgültigen Ziele beschränkt werden müssen.

Die dem Programmwurf des Ausschusses vorangehenden grundsätzlichen Anschauungen fallen als selbstverständlich fort.

Der Parteitag beschließt dafür die Herausgabe eines ausführlichen Kommentars.

2. Zum Abschnitt Wirtschaftspolitik wolle der Parteitag folgende Fassung beschließen:

a) Punkt 1 des Entwurfs des Ausschusses.

b) Ziel: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Ueberführung aller Produktionsmittel in den Besitz und Genuß der Allgemeinheit, eine gerechte Einkommen- und Güterverteilung und stellt den Grundsatz auf, daß jeder Volksgenosse ein Recht auf Arbeit hat.

c) Wege und Richtlinien: Staatliche Kontrolle aller Erwerbsunternehmungen und kapitalistischen Interessengemeinschaften durch Gewinn- und Aufsichtsbeteiligung des Staates, der Allgemeinheit.

Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausbau des Betriebs- und Wirtschaftsraateswesens.

Absatz 4, Punkt 6 des Entwurfs.

Punkt 7 des Entwurfs.

3. Zum Abschnitt Agrarfragen beantragen wir folgende Fassung:

a) Ziel: Zwecks Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und

Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

Verstaatlichung des Großgrundbesitzes oder Aufteilung und planmäßige Kleinsiedlung,

Vergesellschaftung aller Grund und Bodens und dessen Abgabe in Erbpacht.

b) Wege und Richtlinien:

Punkt 7 und Punkt 8 des Ausschußentwurfs.

Punkt 8 des Ausschußentwurfs.

Punkt 9 des Ausschußentwurfs.

Punkt 1, Absatz 1 des Ausschußentwurfs.

Punkt 3 des Ausschußentwurfs.

4. Zum Abschnitt Verfassung beantragen wir:

a) Ziel: Errichtung der sozialistischen Republik.

b) Wege und Richtlinien: Entwurf des Ausschusses.

5. Zum Abschnitt Kommunalpolitik: Artikel III, Schulwesen, fällt fort.

6. Zum Abschnitt Sozialpolitik wolle der Parteitag beschließen: Insbesondere fordern wir: 4. Errichtung von Arbeitskammern, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben . . . usf. wie Entwurf.

7. Zum Abschnitt Rechtspflege beantragen wir: Streichung der Worte „und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe“ unter Kapitel Strafrecht.

8. Der Parteitag wolle zum Abschnitt Kulturpolitik folgende Fassung beschließen:

I. Ziel: Die SPD. erkennt an, daß die soziale Frage nicht nur eine materielle Seite hat, sondern auch eine ideelle, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die geistige Emanzipation der Arbeiterklasse erreicht werden muß. Sie fordert daher gleiche Bildungsmöglichkeit für jedermann.

II. Wege und Richtlinien:

a) Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung ist anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der soziale Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben. Dieses ist die Schule einer alles umfassenden Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau . . . usf. wie Entwurf.

b) Jugendhilfe, wie Entwurf.

c) Jugendbewegung, ist anzufügen: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.“

d) Religion, wie Entwurf.

e) Kunst und Wissenschaft sind für Volk und Menschheit von größter Bedeutung und werden mit allen Mitteln gefördert.

9. Zum Abschnitt Völkerbeziehung und Internationale bitten wir dem Punkte 4 folgende Fassung zu geben: „Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit eines wahren Völkerbundes, freie Erde, freie Meere und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für die ganze Welt.“

Bei Punkt 8 Streichung des Satzes: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.“

H a n a u : Der erste Absatz des Programms ist wie folgt zu fassen:

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse und vertritt alle Kreise des arbeitenden Volkes, die erkannt haben, daß die jetzige kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft überwunden werden muß.

In der jetzigen Wirtschaft sind die Großkapitalisten, d. h. die Besitzer der großen Güter und Miethäuser, Bergwerke und Fabriken sowie die Bank- und Handelsfürsten nicht nur die Herren der wichtigsten Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe, sondern haben damit auch in ihrer wirtschaftlichen Gewalt die große Masse des arbeitenden Volkes und beuten es rücksichtslos aus. Aus dieser Ausbeutung kann sich das arbeitende Volk nur dadurch befreien, daß es die großkapitalistischen Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe in gesellschaftliche Eigentum überführt und die gemeinsame Arbeit nach dem Willen und zum Wohl der Gesamtheit regelt. Auf diese Weise wird die Arbeit, werden Gütererzeugung, Handel und Verkehr und wird das arbeitende Volk erst in Wahrheit frei; jeder kann seine ganze Kraft zugleich zum eigenen Nutzen und zum Wohle der Gesamtheit einsetzen; er leistet sein Höchstes im Dienste für die Gesamtheit und hat dementsprechend seinen vollen Anteil an dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit; er erhebt sich, getragen von der Entwicklung der Gesamtheit, aus wirtschaftlicher und geistiger Not auf die Höhe angemessener Versorgung für jeden und allgemeinen Wettstreit in Bildung und Gesittung: diese Gemeinwirtschaft ist die sozialistische Wirtschaft.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Kräfte des arbeitenden Volkes in seinem Klassenkampf zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaft zu vereinigen und einzusetzen, um immer mehr die Gesetzgebung und Verwaltung zu beeinflussen und das arbeitende Volk mit dem sozialistischen Geiste zu erfüllen, mit dem Geiste zu fühlen, zu denken und zu handeln: einer für alle und alle für einen.

S t e t t i n . Der Parteitag wolle weiter beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

K o r e i i : Im Abschnitt Sozialpolitik des Parteiprogramms ist voranzustellen: Ausbau, Ueberwachung und Durchführung der Sozialgesetze unter Mitwirkung aller Bevölkerungskreise. Ausbau der vorbeugenden Fürsorge. Aufgehen aller Sozialversicherungen in eine staatliche Fürsorge.

H ö f s : Der äußerste Absatz des allgemeinen Teiles möge lauten: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsstufe für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Zweck dieser Gemeinschaft ist Hebung, Schutz und Förderung der Menschenleben, ist das Recht aller an den Kulturgütern. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Darauf folgen die übrigen Absätze des allgemeinen Teiles unverändert.
Dann die wirtschaftlichen Forderungen unverändert.

Dann die landwirtschaftlichen Forderungen unverändert bis zum 5. Absatz. Darauf möge folgen:

Die Erstrebung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hat den Zweck, eine zielbewußte, planmäßige, alle umfassende Menschenökonomie zu ermöglichen. Der Mensch darf nicht Mittel zum Zweck der Güterproduktion sein. Die Güterproduktion ist Mittel zum Zweck der Menschenökonomie. Unter dem Grundsatz der Menschenökonomie werden in der sozialistischen Wirtschaft die Ausgaben für Sozialpolitik, Sozialhygiene und Kulturpolitik zu den Betriebskosten der Gemeinwirtschaft zu rechnen sein. Darum fordert die Sozialdemokratische Partei:

In dem Abschnitt: „Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik“ möge es im ersten Absatz so heißen:

Ein einheitliches Arbeiterrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb. Einheitliche, durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Darauf folgen die übrigen Absätze der sozialpolitischen Forderungen unverändert. Es folgt dann:

Gesundheitspflege unverändert.

Wohnungswesen unverändert.

Kulturpolitik unverändert.

Rechtspflege unverändert.

Reichsfinanzen unverändert.

Ausbau der Verfassung unverändert.

Demokratisierung der Verwaltung unverändert.

Beamten des Reiches unverändert.

Kommunalpolitik unverändert.

Völkerbeziehungen und Internationale unverändert.

Aachen: Der neue Programmentwurf ist abzulehnen, weil seine Durchführbarkeit im Sinne des Sozialismus unmöglich ist.

Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag lehnt eine Beratung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs ab.^{*)}

Limbach i. Sa.: Ueber den Programmentwurf wird nicht verhandelt. Der Parteivorstand wird beauftragt, den Entwurf als völlig ungeeignet zurückzuziehen.^{*)}

Chemnitz: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, die Annahme des veröffentlichten neuen Programms bis zum nächsten Parteitag zurückzustellen und den Parteigenossen und -genossinnen dadurch eine ausgiebige Gelegenheit zu geben, das neue Parteiprogramm zu diskutieren.

Breslau-Stadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Annahme geeignet und hat daher nur als Grundlage für die weitere Beratung der Programmfrage bis zum nächsten Parteitag zu dienen.

^{*)} Diese Anträge wurden nicht genügend unterstützt.

Mainz: Der Parteitag wolle beschließen, die Beschlußfassung über den Programmentwurf auf ein Jahr zu verschieben und den neuen Entwurf mindestens ein Vierteljahr vor der Beratung zu veröffentlichen. Für den Uebergang sind Richtlinien eines Aktionsprogramms festzusetzen.

Wiesbaden: Der Parteitag beschließt, der Programmentwurf ist von der Tagesordnung abzusetzen. Ein neuer Entwurf in klarer Fassung des sozialistischen Gedankens ist rechtzeitig, mindestens vier Monate vor dem nächsten Parteitag, in der Gesamtpartei zur Aussprache zu stellen.^{*)}

München: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, Punkt 5 der Tagesordnung „das Programm“ von der Tagesordnung des Parteitages abzusetzen, um der Parteimitgliedschaft Gelegenheit zu geben, bis zum nächsten Parteitag den Programmentwurf gründlich erörtern zu können, was bei der Kürze der Zeit in diesem Jahre nicht möglich war.^{*)}

Segeberg: Das Erfurter Program nicht früher zu ändern, bis eine Einigung zwischen der SPD. und USPD. stattgefunden hat.

Forst i. L.: Der Parteitag möge beschließen, von einer Verabschiedung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs Abstand zu nehmen und die Programmrevision auf ein Jahr zurückzustellen. Inzwischen hat sich die Taktik der Partei in der Tendenz der Errichtung und Konsolidierung eines republikanischen Blocks vom Zentrum bis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu bewegen. Auf die Bildung politischer Arbeitsgemeinschaften der SPD.- und USP.-Organisationen soll auf der Grundlage prinzipieller Anerkennung der demokratischen Republik als der für Erringung der proletarischen Vorherrschaft einzig geeigneten Staatsform überall hingearbeitet werden.

Aschaffenburg: Der Parteitag wolle beschließen, ein neues Parteiprogramm noch nicht endgültig zu verabschieden, sondern zunächst die Einigung zu versuchen und durchzuführen und sich dann ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm zu geben.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle über die beantragte Aenderung des Programms zur Tagesordnung übergangen, da für die Beratung nicht die geeignete Zeit vorhanden und auch der Einigung der Arbeiterschaft schädlich ist.^{*)}

Frankfurt a. M.: Die Programmrevision ist so lange zurückzustellen, bis entweder die Einigung mit der USP. erfolgt ist oder sich herausgestellt hat, daß die USP. zur Einigung auf obiger Grundlage nicht zu haben ist, mindestens aber auf ein Jahr.

„Das Parteiprogramm und der Bericht der Programmkommission“

Das Wort erhält Löbe-Berlin.

Löbe-Berlin: Die Achtundzwanziger-Kommission hat mich beauftragt, Ihnen das Ergebnis ihrer Arbeiten mitzutellen, das in dem aus einem theoretischen Teile und den Spezialforderungen bestehenden Programm vorliegt. Der theoretische Teil ist mit 24 gegen 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden, der ganze Entwurf in einer nochmaligen Gesamtabstimmung mit allen gegen 2 Stimmen.

Wenn es uns möglich war, Ihnen nach viertägiger Arbeit diesen Entwurf vorzulegen, dann nur, weil wir auf der Arbeit aufbauen konnten.

^{*)} Diese Anträge wurden nicht genügend unterstützt.

die in dem ganzen Jahre seit Kassel von fast 60 der sachkundigen Genossen, von denen jeder einzelne als Fachmann auf seinem Gebiet anerkannt ist, geleistet worden ist. Der Kasseler Parteitag hatte die Genossen Bernstein, Adolf Braun, Cunow, Gradnauer, Hermann Müller-Potsdam, Molkenbuhr, Robert Schmidt und die Genossin Pfülf mit der Ausarbeitung des Entwurfs betraut. Diese acht Genossen haben aber die Arbeit nicht allein vorgenommen, sondern noch etwa 50 Genossen herangezogen, von denen die meisten seit Jahrzehnten im Kampf der Meinungen stehen. Dieser Umstand hätte manchen der maßlosen Kritiker warnen sollen, nicht gar zu geringschätzig und vorlaut über die geistige Arbeit seiner Genossen herzufallen. (Sehr richtig.) Nahezu jeder der von der Kritik erhobenen Einwände ist schon von den Ausarbeitern des ersten Entwurfes besprochen worden, und auch die Achtundzwanziger-Kommission hat sie noch einmal einer gründlichen Beratung unterzogen, hat sie, wie Sie aus der letzten Form des Entwurfes ersehen, zum Teil berücksichtigt, ebenso wie sie den Mangel der einheitlichen Durcharbeitung und der geschlossenen Sprache beseitigt hat.

Der vorliegende Entwurf wahrt in seinem Inhalt, in seinem Aufbau, in seiner Gliederung und dem einheitlichen Fluß der Sprache, den geschichtlichen Zusammenhang mit dem Erfurter Programm. Wir haben bedauert, daß es nicht möglich war, dabei auch den Schöpfer des Erfurter Programms, Genossen Karl Kautsky, an den Beratungen zu beteiligen. Das Erfurter Programm wird eine der wichtigsten Urkunden der deutschen Sozialdemokratie bleiben, die jeder gelesen haben und kennen muß, der die Geschichte der Sozialdemokratie, ihre Grundsätze und Forderungen verstehen will. Aber wir sind seit seiner Schaffung dreißig Jahre in der wirtschaftlichen Entwicklung vorgedrungen. Wir haben die ungeheuerlichsten Umwälzungen der Welt erlebt und müssen daraus unsere Konsequenzen ziehen. Wir leben in einer anderen Zeit als 1891 und müssen an die praktische Verwirklichung der Dinge heran. Wir waren damals zur Opposition verurteilt und müssen heute positiv uns an der Arbeit, der Verantwortung, der Regierung und der Durchführung beteiligen. Wir sind bei alledem die alte Partei geblieben, aber wir richten unseren Appell im Programm nicht mehr an die Lohnarbeiter allein, sondern an die Partei der Demokratie, die die Volksmehrheit erfassen will, die das ganze arbeitende Volk gewinnen will, an weitere Kreise, die wir ja auch in unseren Wahlaufrufen ansprechen und zum Beitritt in unsere Organisation zu bewegen suchen. Wir können heute kein Programm aufstellen, ohne die großen Umwälzungen zu berücksichtigen, die der Weltkrieg unserer Wirtschaft gebracht hat, der Weltkrieg, der den uns im Jahre 1891 gradlinig erschienenen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung vielfach verbaute, Hemmnisse, Lawinen, Geröll auf seine Straße türmte und diese Entwicklung aus ihrem geraden Weg herauschleuderte.

Deshalb geht unser Entwurf von dieser Gegenwart aus und berücksichtigt sie im Rahmen der großen Wirtschaftsentwicklungstendenzen, die Marx uns gezeigt hat. Das kommunistische Manifest ist die Emanation eines großen Geistes, in dem die Entwicklung sich spiegelt. Wir müssen heute die Kollektivarbeit vieler Beobachter zur Grundlage nehmen. Erfurt baute auf der Erkenntnis des Zustandes von 1891 auf, als das Sozialistengesetz niedergezungen, als Bismarck gestürzt war. Wir können nur ausgehen von dem Zustande der Wirtschaft nach ihrer schwersten Erschütterung, der Stellung der Arbeiterklasse im Jahre 1911, in dem die Wunden des Krieges noch nicht geheilt sind, in dem aber auch die Republik an die Stelle des alten Obrigkeitsstaates getreten ist. Wir stehen vielen Aufgaben zu nahe, als daß wir mit wenigen lapidaren Sätzen nicht

aus dem Gang der Entwicklung, sondern auch den Weg in die Zukunft weisen könnten. Wir müssen an sie herantreten, denn wir sitzen nicht nur in den Regierungen im Reich und in den Ländern, wir haben die Mehrheit in Hunderten von Städten und Dörfern. Unsere Bürgermeister, unsere Minister, unsere Vertrauensleute in allen Ämtern müssen unsere Forderungen in die Praxis umzusetzen versuchen.

Trotzdem haben wir uns bei Aufstellung der Forderungen im zweiten Teile des Programms Beschränkungen auferlegen müssen, da es unmöglich ist, alle Forderungen aufzuzählen, und haben uns auf die Zusammenstellung des Wichtigsten beschränkt. Unser Programm soll nicht nur ein sorgsam gehütetes Glaubensbekenntnis sein, es soll vor allem gelesen werden und Anhänger werben. Wir werden diesen Teil durch Aktionsprogramme ergänzen müssen, wie das auch während der Geltungsdauer des Erfurter Programms mehrfach geschehen ist. Solche Aktionsprogramme können leichter geändert werden und durch neue ersetzt werden. Wenn auch unser neues Programm die Lebensdauer seiner Vorgänger nicht erreichen wird, so ändert man doch ungern ein Gesamtprogramm wegen neuer oder veralteter Einzelforderungen. Gerade wenn wir die Gegenwartsforderungen des alten Programms mit den neuen vergleichen, so sehen wir, daß vieles von dem alten, besonders die politischen, aber auch die sozialpolitischen Forderungen und andere, seit der Revolution ihre Erfüllung gefunden haben. Statt die demokratischen Grundrechte zu erlangen, können wir den Ausbau und die Sicherung der neuen Republik unter unseren Forderungen aufzählen.

Wir haben dem internationalen Zusammenwirken der Arbeiter, dem Ausbau des Völkerbundes, der Festigung des Weltfriedens und der Völkerverständigung ein eignes Kapitel gewidmet, ein deutliches Zeichen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich ihren alten Platz in der Internationale der Arbeiter wieder erringen möchte.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine kleine Auslassung im Druck hinweisen, und zwar im dritten Absatz des theoretischen Teiles, neunte Zeile, wo die Schichten aufgeführt sind, die der proletarischen Lebenshaltung anheimfallen. Dort sind zwischen die kleinen und mittleren Besitzer auch die Gewerbetreibenden mit aufgezählt.

Das Programm der Sozialdemokratie hat eine ungemein große, das Programm aller bürgerlichen Parteien türmhoeh überragende Bedeutung. (Sehr richtig!) Wer fragt nach dem Programm der bürgerlichen Parteien? Welche Anhänger dieser Parteien kennen das Programm der eigenen Partei? (Sehr gut!) Wir sind und wollen bleiben eine Partei der Weltanschauung, die ohne klares Programm nicht auskommen kann und nicht auskommen will, nach deren Programm auch die Anhänger der anderen Parteien fragen, auch die Wissenschaft fragt, weshalb wir auch ein überholtes Programm nicht länger beibehalten sollten. Wir sind nicht und wollen nicht sein eine Partei der Augenblickserfolge, der Tagesentscheidungen, sondern eine Partei der großen Weltanschauungen, und dieser Grundsatz ist in dem Entwurf gewahrt, den Sie vor sich haben, an dem unsere besten Wissenschaftler gearbeitet haben, und dem Genosse Stampfer seine letzte Form gegeben hat. Er atmet nicht Pessimismus, nicht Verzweiflung über die augenblickliche Lage der Arbeiterklasse, sondern er weist hin auf den Sozialismus als das einzige Mittel zur Ueberwindung der Katastrophe, in die die kapitalistische Welt uns gestürzt hat, und aus der sie keinen Ausweg weiß.

Aber der Entwurf konnte nicht geschaffen werden aus der Ideologie starrer, von der Umwelt losgelöster Kreise, sondern er mußte gestaltet werden aus der ganzen Entwicklung der Umwelt, der augenblicklichen

Lage der Arbeiterklasse im Gesamtkomplex der Erscheinungen, wie sie sich uns darbieten.

Wir sind die erste Partei aus der Zweiten Internationale, die den Versuch neuer programmatischer Formulierung nach dem Weltkriege macht. Unsere Gäste haben es uns gesagt, und viele Briefe an den Parteivorstand aus dem Auslande bezeugen es uns, mit welchem Interesse die Bruderparteien diese wichtige und notwendige Arbeit verfolgen. Aber wir sind weit entfernt, zu behaupten, daß in unserem Entwurf etwas Vollkommenes geschaffen sei. Unfehlbare Programme gibt es nicht, hat es nicht gegeben, wird es nicht geben, wir werden die ersten sein, die lernen wollen und bessern werden, wenn z. B. eine unserer ausländischen Bruderparteien uns bessere Erkenntnis und richtigere Schlüsse vermittelt. Jedes Programm spiegelt die Phasen der Entwicklung der Wirtschaft wider, in der es entsteht, und unsere Wirtschaft ist heute in der raschesten Umbildung begriffen.

Wir leben in einer Periode großer Umwälzungen und sind deshalb davon überzeugt, daß dieses Programm nicht für 30 Jahre Geltung haben wird. Aber wir lehnen es auch ab, Konjunkturprogramme zu machen, wie das die Unabhängigen mit ihrem Programm in Leipzig und seiner Anerkennung der Diktatur getan haben, einem Programm, das sie jetzt am liebsten selbst los sein möchten. Aber wir sind überzeugt, in 5, 6, 7 Jahren wird die Welt anders sein, wie die Welt vor 5 bis 7 Jahren eine andere war. Daraus werden wir unsere Folgerungen zu ziehen haben. Unsere Wirtschaft gleicht einem wogenden Meer, in dem die Wellen sich überstürzen. Lange wird es dauern, ehe sie sich beruhigen, und unser Schiff auf ruhigem Gewässer der Entwicklung dahinschleift. Deshalb legen wir es in unserem Programm klar und unzweideutig nieder, daß gerade die heutige Zeit beweist, wie die kapitalistische Produktion und Austauschweise unfähig ist, das Leben der Kulturvölker zu sichern, daß der Sozialismus die Katastrophe überwindet, nur die sozialistische Gesellschaft unsere Volkswirtschaft wieder gesundmachen, neue Grundlagen für die Kultur Europas, für die Existenz der deutschen Arbeiter und ihrer Klassengenossen in allen Ländern legen kann.

Darum bitte ich Sie, erheben Sie den Entwurf zum Beschluß, zum Programm! Legen Sie die neue Waffe in die Hände unserer Anhänger! Der deutsche Sozialdemokrat, der deutsche Arbeiter wird sie zu führen verstehen, wird mit ihr zu siegen wissen! (Lebhafter Beifall!)

Diskussion über den Bericht der Programmkommission.

Eckstein-Breslau beantragt zur Geschäftsordnung, den Genossen **Ströbel** und **Stampfer** eine Redezeit von 40 Minuten zuzubilligen.

Löbe-Breslau empfiehlt demgegenüber eine allgemeine Verlängerung der Redezeit auf 20 Minuten.

Schnabel-Hersfeld unterstützt den Antrag **Löbe**.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung beschließt der Parteitag gemäß dem Antrag **Löbe**, die Redezeit allgemein auf 20 Minuten zurückzuführen.

Der Vorsitzende teilt den Eingang folgenden Antrages mit:

Der Parteitag überträgt dem Parteivorstand das Recht, stilistisch und redaktionell das Programm zu überprüfen und zu teilen, ohne daß dadurch der Geist und der Inhalt der Sätze geändert wird.

Ströbel-Berlin-Steglitz: Der Programmentwurf sieht heute viel besser aus als der erste Entwurf. Während der alte Entwurf in seinem theoretischen Teil trocken und ohne einheitlichen Nerv war, was auf die Kollektivurheberschaft zurückzuführen ist, ist der neue Entwurf aus einem Guß und in der Form frisch und packend.

Auch die Einzelfragen des Spezialprogramms sind systematischer zusammengefaßt und manchmal ganz glücklich ergänzt. Alles in allem besteht kein Zweifel, daß das Programm, wie es aus der fleißigen Arbeit der Kommission hervorgegangen ist, wesentlich besser ist als der alte Entwurf. Trotzdem haben zwei Mitglieder der Kommission, darunter ich selbst, auch diesen verbesserten Entwurf abgelehnt. Ich empfehle auch jetzt noch, diesen Entwurf nicht endgültig zu verabschieden, sondern einer Programmkommission als wertvolles Material zu überweisen, damit dem nächsten Parteitag ein wirklich einwandfreies Programm vorgelegt werden kann. Denn dieses Programm betrachte ich trotz seiner relativen Vorzüge keineswegs als das, was der Partei not tut.

Der Vorwurf, der gegen dieses Programm erhoben werden kann, besteht in nichts geringerem, als daß es uns in allen wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens völlig im Stich läßt. Die Wohnungsfrage, die von außerordentlicher Bedeutung ist, ist aus dem Programm spurlos verschwunden. Vollends das Kardinalproblem unserer Zeit, das Sozialisierungsproblem, wird im Programm in einer Weise abgetan, die je nach dem Temperament des aufmerksamen Beurteilers Kopfschütteln oder auch starke Empörung auslösen muß. (Sehr richtig!) Der ganze Wirtschaftsteil des Programms ist von erschreckender Ideenlosigkeit und Hattlosigkeit. Es ist geradezu ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratische Partei, daß hier auch nicht der schwächste Versuch gemacht worden ist, zu einer dringend gebotenen originalen Neuschöpfung zu kommen.

Nun hat man uns entgegeng gehalten, daß, wenn wir jetzt noch einmal mit der definitiven Verabschiedung warteten, doch nichts zustande käme, was alle Ansprüche befriedigte. Als ob es nicht darauf ankäme, wenigstens alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Zum andern wäre es schlimm, wenn die Partei nicht bei festem Willen und entsprechender Organisation der Kommissionsarbeit über die Kräfte verfügte, in vielen Monaten neuer Arbeit auch für die Wirtschaftsforderungen des Sozialismus die richtige Formel zu finden. Es gibt auch sachkundige und kenntnisreiche Männer innerhalb des deutschen Sozialismus genug, die als Gutachter und Mitarbeiter herangezogen werden können. Ueberhaupt sollte man es sich bei der Schaffung der Spezialprogramme zur Pflicht machen, in erhöhtem Maße die Männer der industriellen, kommerziellen und agrarischen Praxis und die Männer der Wissenschaft zu den Beratungen heranzuziehen. Die Kommissionsberatung in Görlitz war trotz allen ehrlichen Willens nur ein kümmerlicher Notbehelf. Es war nur ein Durchpatschen des Stoffes. Die Redezeit war von vornherein auf zehn Minuten begrenzt. Das genügt allenfalls bei Dingen, wo alte Erfahrungen in programmatische Form gegossen werden sollen; es ist aber ein Unding, bei der Erörterung neuer Probleme, deren Durchdringung unendlich viel Arbeit kostet, nur zehn Minuten Redezeit zu gewähren. Auch durch Majoritätsbeschlüsse wird man sachliche Schwierigkeiten nicht überwinden können.

Ich möchte von meinen eigenen Erfahrungen ausgehend erklären: Ich habe mich in das Finanzprogramm seit vielen Wochen hineingebohrt, aber eine wirklich einwandfreie Lösung steht mir noch nicht vor Augen. Mit dem Sozialisierungsprogramm habe ich mich viele Monate lang beschäftigt. Ich glaube, es wenigstens in den Grundlinien erfaßt zu haben,

obgleich ich mir auch hier noch vieler Lücken der Erkenntnis bewußt bin. Wie wäre es da den Genossen, die meist durch ganz andere, nicht etwa minder wertvolle Tätigkeit, in Anspruch genommen worden sind, möglich, im Handumdrehen ein brauchbares Sozialisierungsprogramm auszuarbeiten? Man hilft sich schließlich aus der Verlegenheit, indem man sich mit ein paar allgemeinen Redensarten begnügt. Das mag der Anspruchslosigkeit manches einzelnen genügen, aber den Bedürfnissen der Zeit genügt es keinesfalls. Die Zeit erfordert ein herzhaftes Anpacken der Wirtschaftsprobleme. Das Wohnungsproblem und das Finanzproblem müssen gelöst werden. Beide Probleme sind aber nicht zu lösen ohne einschneidende wirtschaftliche Umstellungen im ganzen. Es ist kein Spielraum mehr vorhanden für die Wildwirtschaft des Kapitalismus. Wir sehen die sozialen Folgen dieser kapitalistischen Wirtschaft: die Ausplünderung der Arbeiter und der Beamten durch das kapitalistische System, das uns der Valutasturz usw. gebracht hat. Wir brauchen nur an Oesterreich-Ungarn zu denken, wo sich infolge der sinkenden Valuta die Lebenshaltung der Arbeiter um mindestens 50 Prozent verschlechtert hat. Glaubhafte Statistiker versichern, daß auch die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter durch die gleichen Umstände bereits um ein Drittel herabgedrückt ist, und wenn es so weiter geht mit der unaufhaltsamen Valutaentwertung, dann werden auch wir bald auf die Lebenshaltung des österreichischen Proletariats gesunken sein.

Die außenpolitischen Folgen sind, daß das Ausland sich genötigt sieht, sich gegen das deutsche Dumping zu schützen, durch hohen Zoll, durch Einfuhrerschwerungen und Schutzmaßregeln aller Art. Wenn es so weiter geht, muß es schließlich zum erbittertesten Wirtschaftskrieg zwischen den Nationen kommen, bei dem letzten Endes Deutschland nicht der Sieger bleiben wird.

Die innerpolitischen Folgen offenbaren sich in der wachsenden Erbitterung der Volksmassen, die sich nicht nur zeigt in der Erbitterung der proletarischen Linken, sondern auch im Wachsen der Reaktion, und in dem Hakenkreuzertum, am allerdeutlichsten in den Mörderzentralen, die in Deutschland entstehen. Täuschen wir uns doch nicht darüber, daß alle diese Dinge ihre ökonomischen Wurzeln haben. Nämlich in den furchtbaren wirtschaftlichen Zerrüttungen, die man irrtümlicherweise der Sozialdemokratie und Revolution in die Schuhe schiebt, die jedoch in Wirklichkeit dem sich auslebenden Kapitalismus zuzuschreiben sind. Aber wenn wir nicht die Kraft und die Einsicht finden, diesen Wirkungen entgegenzutreten, so werden sich diese Auswirkungen verschärfen, so wird die Reaktion immer stärker werden, so wird der soziale Krieg immer furchtbarer entbrennen.

Dann die kulturellen Wirkungen. Ich brauche Sie nur an den wahnwitzigen Luxus und die Vergnügungssucht aller Schichten, in erster Linie natürlich der besitzenden Klassen, zu erinnern. Ich brauche nur hinzuweisen auf die Unzahl von Likörstuben, die in den Großstädten entstehen. Man fröhnt der Tanzwut, die Kinoseuche greift um sich. Ich erinnere an die unsinnige Begeisterung für den rohesten und stupidesten Sport. Was hilft demgegenüber das idealste Kulturprogramm, wie wir es hier im Programmwurf formuliert haben, wenn die unausweichlichen Verwüstungen durch den Kapitalismus so groß sind? Man ruft nach dem neuen, dem sittlichen, dem sozialistischen Menschen mit ausgeprägtem Gemeinschaftsgefühl, um den Sozialismus durchzuführen zu können. Aber man vergißt, daß der Mensch dieses Stimm- und Klänge-Zeitalters kein Edelmann sein kann. Man vergißt, daß die rasende Jagd nach Ge-

winn und materiellem Genuß nichts anderes ist als das naturnotwendige trostlose Produkt der kapitalistischen Entartung, in der wir leben.

Mit steuerlichen Einzelprojekten ist nichts auszurichten. Je höher die direkten Steuern werden, desto toller die Steuerhinterziehung und Kapitalflucht, desto ärger die Verwüstung der öffentlichen und privaten Moral. Letzten Endes können alle Steuern abgewälzt werden, einerlei, wie sie aussehen mögen. Auch die Erfassung der Goldwerte würde letzten Endes sicherlich auf die Konsumenten abgewälzt werden. Dann würde wieder die alte Entwicklung eintreten: Preissteigerung, Geldentwertung usw. Obendrein aber ist es höchst fraglich, ob es überhaupt zu einer Erfassung der Goldwerte kommt.

Dieser Parteitag steht im Zeichen der Koalierung mit der Deutschen Volkspartei. Als einst der Freisinn die Koalition mit der Rechten beschloß, ging ein Sturm des Hohns durch die rote Presse. Der Freisinn selbst spaltete sich. Der alte Freisinnsmann Träger prägte das Wort von der Paarung von Karpfen und Kaninchen. Das Zusammengehen der bürgerlichen Linken mit der bürgerlichen Rechten wurde als Gipfel politischer Perversität gekennzeichnet. Heute denkt man an eine Koalition zwischen Schwerkapitalismus und Sozialdemokratie. Es gibt schlechterdings keinen Vergleich perverser Paarung aus dem Reich der Zoologie, der die Naturwidrigkeit dieser Koalition drastisch genug kennzeichnen kann. Die Koalition wird sich wahrscheinlich auf der Grundlage des Steuerkompromisses vollziehen. Nicht die Erfassung der Sachwerte wird zustandekommen, sondern man wird sich durch das Kreditangebot des Unternehmertums abfinden lassen, bei dem Reich und Volk nach allen Regeln der kapitalistischen Gaunerei übers Ohr gehauen werden. Die volkswirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung wird infolgedessen wachsen. Die Massenverelendung wird immer schlimmer werden.

Als einzige Rettung aus diesen furchtbaren Zuständen bleibt nur die Sozialisierung übrig. Diese Grunderkenntnis findet im Programm nicht das leiseste Echo. Das Programm sieht aus, als sei es im Jahre 1912 gemacht, als wir noch keinen Weltkrieg, keine Revolution und nicht die furchtbare wirtschaftliche Zerrüttung hatten. Heute, wo aus dem Chaos eine neue Wirtschaftsordnung nach Gestaltung ringt, hätte das Programm mit der Helle des Scheinwerfers eines Leuchtfuers das Dunkel der ganzen Probleme durchleuchten müssen. Was ist das für ein Zustand, daß das Programm über die Wege der Sozialisierung nicht einmal andeutungsweise etwas zu sagen hat?

Im Programm wird nicht ein erkennbarer Weg für die Sozialisierung angegeben. Es ist die Rede von der Gemeinwirtschaft. Aber in der Kommission war man sich selbst nicht klar darüber, was unter der Gemeinwirtschaft zu verstehen ist. In Wirklichkeit ist darunter nur eine Gemeinwirtschaft zu verstehen, wie wir sie in der Kohlen- und Kaliwirtschaft schon haben. Diese Gemeinwirtschaft wird wahrscheinlich in besserer Form auch die Grundlage der gemeinwirtschaftlichen Planwirtschaft werden, die die ganze kapitalistisch betriebene Produktion umfassen muß. Für die kartellierte, für die vertraute Industrie aber müssen wir die wirkliche Sozialisierung fordern, die völlige Ausschaltung des Unternehmertums. An die Stelle der kapitalistischen Marktwirtschaft und Wirtschaftsmarchie muß die Planwirtschaft treten. Es muß eine Umwandlung der Warenwirtschaft in Bedarfswirtschaft stattfinden. Das ist nur möglich durch demokratische Gesamtorganisation der Wirtschaft, bei der die Gewerkschaften, die Betriebsräte, die Ausschüsse und die Wirtschaftsräte die Träger sein müssen.

Es ist auch kein Zweifel, daß ein Wirtschaftsparlament kommen muß. Je mehr der politische Staat in den Sozialstaat hineinwächst, desto selbstverständlicher werden die proletarischen Wirtschaftsorganisationen vollständiges Mitbestimmungsrecht auch an der Legislative für sich in Anspruch nehmen, neben dem demokratischen Parlament selbstverständlich, dessen Fortexistenz aus kulturellen Ursachen notwendig ist.

Im Rahmen der Gemeinwirtschaft, die noch nicht sozialistische Wirtschaft ist, aber immer mehr mit sozialistischem Gemeinsinn erfüllt werden kann, muß zunächst für einzelne Gruppen der Wirtschaft die wirkliche Sozialisierung durchgeführt werden, die partielle Vollsozialisierung unter Ausschaltung des Unternehmertums.

Diese Vergesellschaftung ist möglich sowohl für horizontal geschichtete Wirtschaftsgruppen wie für vertikal verflochtene Wirtschaftszweige. Diese Sozialisierungsideen sind nicht Hirngespinnste, sind nicht Phantasien, sondern wertvollste Erkenntnisse aus der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung und der bisherigen Sozialisierungspraxis in anderen Ländern hervorgegangen.

Diese große soziale Zielsetzung fehlt vollständig in dem Programm. Das empfinden nicht nur wir Kritiker des Programms, das empfinden auch breite Kreise des Volkes, das empfinden auch Millionen von Arbeitern als schwerste Mängel des Programms.

Ich muß wegen Ablaufs der Redezeit meine Ausführungen mit dem Hinweis darauf schließen, daß auch das Weltanschauungsmoment der Sozialisierung eine ungeheure Rolle für die politischen Entwicklungen spielen wird. Der Arbeiter hungert nach einem Weltanschauungsinhalt, nach großen Zielweisungen. Wenn der Proletarier nicht mehr an die Religion der Sozialisierung zu glauben vermag, die ja kein Aberglaube ist, sondern eine feste Zuversicht, die sich gründet auf die wirtschaftlichen Tatsachen und Notwendigkeiten, dann wird er an der sozialistischen Bewegung irre werden, dann wird er sich von ihr abwenden. Zeigen wir den Massen, wie sozialisiert werden kann, vertreten wir die Ideen der Sozialisierung mit Energie und Geschick, dann werden wir auch Arbeiterkreise des Zentrums und des Freisinns zu uns herüberziehen, die uns jetzt noch fernstehen, oder wir werden jene Parteien zwingen, auf dem Gebiete der Sozialisierung Hand in Hand mit uns zu gehen.

Ich schließe deshalb mit dem nochmaligen Bedauern, daß gerade dieses wichtigste Moment in dem Programm fehlt, und daß ich es deshalb für verfehlt halte, heute das Programm zu verabschieden. Erst, wenn dieses Manko ausgefüllt sein wird, erst, wenn das Programm mit wahrhaft sozialistischem Geiste erfüllt sein wird, dann wird es dem Zwecke dienen, den es haben soll. (Lebhafter Beifall.)

Stamper-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir müssen alle dem Genossen Ströbel dafür dankbar sein, daß er es übernommen hat, in der Debatte über das Programm als erster die Rolle des Kritikers zu spielen. Es ist ganz undenkbar, daß wir ein neues Parteiprogramm verabschieden, daß wir einen so ungeheuer wichtigen Entschluß im Leben der Partei fassen, ehe wir das Werk, das Ihnen vorgelegt ist, nach allen Richtungen hin daraufhin geprüft haben, ob es auch wirklich standhält. Ich bin dem Genossen Ströbel auch dafür dankbar, daß er dem Programm, insbesondere seinem wirtschaftlichen Teil, Ideen- und Rationalität vorgeworfen hat; noch dankbarer aber wäre ich dem Genossen Ströbel gewesen, wenn er uns die Ideen gegeben hätte, die uns gefehlt haben, wenn er uns den Rat erteilt hätte, der uns gefehlt hat. (Lebhafte

Zustimmung. — Zuruf: In zwanzig Minuten?) Auch in zwanzig Minuten kann man Entscheidendes sagen oder wenigstens andeuten. Ich kann Ihnen aber verraten, daß der Genosse Ströbel in der Kommission viele Stunden gesprochen hat, und daß wir an seinem Munde hingen, daß wir Rat und Ideen gesucht, die wir aber leider nicht gefunden haben. (Sehr richtig!) Der Genosse Ströbel hat ja auch einen Programmentwurf ausgearbeitet, und wir haben alle diesem Entwurf volle Ehre widerfahren lassen. Wir haben den Wunsch ausgesprochen, er möge recht bald im wissenschaftlichen Organ der Partei, in der „Neuen Zeit“, veröffentlicht werden. Sie werden ja dann sehen, ob der Entwurf den großen Rat und die großen neuen Ideen enthält, die uns Genosse Ströbel nach der Kritik, die er an dem Parteiprogramm geübt hat, eigentlich zu geben verpflichtet wäre. Statt dessen haben wir nur einige Schlagworte über Sozialisierung, über vertikale und horizontale Gliederung gehört, über Dinge, von denen die ganze Sozialisierungsliteratur voll ist, zu der auch Genosse Ströbel einen verdienstvollen Anteil beigetragen hat. Die Sozialisierungsliteratur hat aber auch ihre Mängel und Bedenken. Sie kann nicht in ihrem Hauptinhalt ohne weiteres in ein Parteiprogramm übernommen werden, schon deshalb nicht, weil sich die Sozialisierungspropheten gegenseitig widersprechen. Darüber müssen wir uns klar sein, daß wir nicht in die Gefahr kommen dürfen, uns in einen neuen Utopismus zu verlieren. (Sehr richtig!) Wir gehen den Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus; das wissen wir. Wie lang dieser Weg ist, wissen wir nicht; das weiß keiner von uns. Es ist niemand imstande, für diesen ganzen Weg im einzelnen jeden Schritt im voraus zu bezeichnen und anzugeben, wie er getan werden muß. Das ist aber die große Gefahr dieser Sozialisierungsprophetie, die zum großen Teil auch durch und durch unmarxistisch ist; denn das Wesen des Marxismus ist die klare Anschauung von dem naturnotwendig gegebenen Entwicklungsprozeß. Der aktive Sozialismus kann nichts anderes sein als der Geburtshelfer dieser Entwicklung. Die Entwicklung aber muß ihre Zeit haben, und wir können nicht sagen, daß in diesem Augenblick die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus mit ruckartiger Schnelligkeit vor sich gehen könnte. Wohin man kommt, wenn man versucht, mit einer solchen ruckartigen Geschwindigkeit zu sozialisieren, das hat uns Rußland gezeigt. Diesen Weg wollen wir nicht gehen. Es bleibt für uns gar nichts anderes übrig, als uns genau zu überlegen, bis zu welchem Grade die kapitalistische Gesellschaft für die Sozialisierung, d. h. für die bewußte Umwandlung zur sozialistischen Gemeinwirtschaft reif ist. Wir dürfen uns nicht in die durchaus unmarxistische Wahnvorstellung verstricken, als ob es möglich wäre, durch einen rein mechanischen Umorganisationsprozeß, der durch Gesetzgebung und Verwaltung der Wirtschaft aufgezungen ist, eine plötzliche grundstürzende Wandlung der ganzen Gesellschaft zum Sozialismus herbeizuführen. Vor dieser durchaus unmarxistischen Vorstellung müssen wir uns unter allen Umständen hüten.

Genosse Ströbel hat gemeint, wir wären uns über den Begriff der Gemeinwirtschaft in der Kommission nicht klar gewesen; wir hätten nicht genau gewußt, ob wir darunter ein gemischt-wirtschaftliches System verstehen oder etwas anderes. Der Genosse Ströbel befindet sich da durchaus in einem mit geradezu unverständlichen Irrtum. Ich möchte die anderen Kommissionsmitglieder fragen, ob wir uns nicht vollständig darüber klar waren, daß die Überführung in die Gemeinwirtschaft, daß die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, der konzentrierten Betriebe im dem Sinne des Kasseler Beschlusses gemeint war, so daß es sich nicht, wenn ich es mit einem Schlagwort präzisieren darf, um eine gemischte

Wirtschaftsführung handelt, sondern um die Etablierung der wirtschaftlichen Staatshoheit, um die vollkommene Uebernahme der dazu reifen konzentrierten Betriebe auf die Gesamtheit. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Punkte hat also weder eine Ratlosigkeit noch eine Ideenlosigkeit noch eine Unklarheit bestanden. Wie dann später darüber hinaus im einzelnen alle Schritte erfolgen sollen, bis das letzte Ziel des Sozialismus erreicht ist oder — wie die Sozialisierungspropheten, die Vertreter der rein mechanischen Auffassung vom Sozialismus mit einem unschönen Schlagwort sagen — die Vollsozialisierung erreicht ist, das kann kein Mensch sagen, und das gehört auch nicht in ein Programm, das den Anspruch darauf erhebt, wissenschaftlich zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun hat der Genosse Ströbel auch über einen früher gefaßten Beschluß des Parteitages, der die Regierungsbildung betrifft, ziemlich ausführlich gesprochen. Ich möchte demgegenüber nur sagen: alle Vergleiche hinken bekanntlich; aber ein schiefere, ein hinkendere Vergleich als der, den der Genosse Ströbel zwischen dem Bülowblock von einst und den Verhältnissen von heute gezogen hat, ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. (Lebhafte Rufe: Sehr wahr!) Damals hat es sich um die Bildung eines Blocks zur Rettung vor dem Umsturz gehandelt; und der Umsturz waren wir. Damals sollten wir niedergedrückt werden. Heute aber ist derjenige, der uns damals niederreiten wollte, längst vom Pferde gefallen. Jetzt reiten wir, und jetzt fragen wir, wer mit uns mitreiten will gegen die Propagandisten des politischen Mords, wer mit uns mitreiten will gegen die Vorkämpfer der monarchischen Reaktion. (Sehr gut!) Ich habe das Vertrauen zu den Genossen, die vielleicht mit Mitgliedern irgendeiner nicht ganz stubenreinen Partei zusammen in einer Regierung sitzen könnten, daß sie diesen Leuten auf die Finger sehen, daß sie nicht dulden werden, daß von dem Hauptpunkt jedes Regierungsprogramms, des Programms jeder Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, von dem Schutz der Republik bis zum äußersten, auch nur um einen i-Punkt abgewichen wird.

Damit möchte ich den polemischen Teil meiner Ausführungen abschließen und mich zum Schluß wenigstens einer großen grundsätzlichen Frage zuwenden, die mir besonders am Herzen liegt und die vielleicht auch in der weiteren Debatte eine Rolle spielen wird. Diese Frage betrifft unser grundsätzliches Verhältnis zum Staat. Wir dürfen uns keinen Augenblick darüber unklar sein, daß wir, indem wir die Republik bejahen, den Staat selber bejahen und daß damit der theoretische Streit beendet ist, der die Gemüter jahrzehntelang bewegte. (Sehr richtig!) Es wäre ja ein Widerspruch in sich selbst, wenn wir für die Staatsform unser Leben einsetzen wollten, während wir den Staat selbst verneinten oder uns zweideutig oder auch nur gleichgültig ihm gegenüber verhielten. Wir Sozialdemokraten und Republikaner sind es, die sich praktisch und tatsächlich des Staates angenommen haben, als ob die anderen im Stiche ließen. (Sehr richtig!) Wir sind heute dazu herankommen, die Republik und mit ihr den Staat selbst zu retten. (Lebhafte Zustimmung.) Es gehört zu den interessantesten, aber auch bedenklichsten Erscheinungen des Weltkrieges, daß er den Staatsgedanken bis in seine Wurzeln hinein erschüttert hat. Der Weltkrieg war in allen Ländern die Omnipotenz, die Allmacht des Staates; der Monarch war nicht mehr, der Staat war alles. Der Staat nahm die Menschen in die Hand und wählte diese sie gegen feindliche Tanks und Maschinengewehre; der Staat schickte Aufträge, der Staat bezahlte, der Staat regierte die Kriegswirtschaft. Er schnitt jedem sein Stück Brot zu, er kontrollierte die öffentliche Meinung. Dieser Ueberwindung des Staatsgedankens ist un-

wendigerweise eine ruckartige Entspannung und Erschlaffung gefolgt. Wenn mit der Monarchie, die selbst zum Sturze war, nicht auch der Staat selbst zusammengebrochen ist, wenn er sich in der Form der Republik fortsetzen konnte, dann war das wesentlich der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter Verdienst. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Revolution, durch die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke sein höchstes Gut, den Staat gerettet; denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie. (Sehr richtig!) Wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich sage: Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie gehören zusammen, dann heißt das auf die heutigen Verhältnisse angewandt genau so viel, als wenn ich sage: Staat und Sozialismus, Staat und Sozialdemokratie gehören zusammen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen uns heute nicht mehr mit dem alten theoretischen Streit zu beschäftigen, ob das allerletzte Ziel des Sozialismus der sozialistische Staat oder die staatlose sozialistische Gesellschaft ist. Wir schaffen aber die größten Unklarheiten, wenn wir außer Acht lassen, daß jetzt und für alle absehbare Zeit der demokratische Staat das Mittel ist, dessen sich die Arbeiterklasse bedienen muß, um ihre Befreiung durch den Sozialismus zu erkämpfen. Die Forderungen des Programms richten sich fast alle an den Staat, an die Republik. Der Staat soll helfen, der Staat soll Recht schaffen, der Staat soll unterrichten. Solche Forderungen haben wir an den Staat auch schon gestellt, als wir noch die Monarchie hatten. Wenn wir uns nicht mit beiden Beinen auf den Boden des Staates stellen, wenn wir nicht in ihm um Macht und Einfluß kämpfen, dann können wir allenfalls eine philosophische Sekte sein, aber niemals eine kämpfende politische Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Darüber müssen wir uns vollkommen klar sein, daß es unsere Aufgabe ist, den Staat, den Tyrannen von einst zum Befreier der Massen aus wirtschaftlichen Hörigkeitsverhältnissen umzugestalten. Darum spricht der Entwurf von der Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft. Glauben Sie nicht, daß das ein neues, am Ende gar revisionistisches Schlagwort ist. Der freie Volksstaat steht schon als erste grundsätzliche Forderung an der Spitze des Programms der Eisenacher von 1868. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, den Staat zu erobern, nicht, um ihn zu zerstören, sondern um ihn zu dem zu gestalten, was er sein soll: zum Schirmer der Freiheit, zum Schützer der Bedrängten. Durch ihn soll das Volk die Kapitalherrschaft brechen und selbst die Herrschaft gewinnen. Mit diesen befreienden Kräften von oben wirken befreiende Kräfte von unten zusammen; Kommunalsozialismus, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, wirtschaftliches Räte-system, Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Wo sich diese Kräfte miteinander vereinen, da wird aus Demokratie Sozialismus. Dort ist das Ziel. Hier liegt der Weg klar vor uns. Er geht durch den Staat. Darum sind wir heute die besten Bürger des werdenden neuen Staates, wir Republikaner, wir Sozialisten.

In der schweren ernsten Debatte, die wir in der Kommission über unseren Entwurf geführt haben, in der wir uns alle von dem Entschluß leiten ließen, unerbittlich aufrichtig gegen uns selbst zu sein, fiel aus dem Munde eines Mitgliedes, einer feinempfindenden Frau, das Wort, daß die Partei mit dem Erfurter Programm, von ihrer Jugend Abschied nehme. Dieses Wort fiel uns allen schwer aufs Herz; aber gerade jetzt sagten wir uns: es muß sein! Unsere Partei trägt die Lasten einer großen Vergangenheit; ihr Leib ist bedeckt mit Narben ehrenvoller Kämpfe; sie hat das Furchtbarste erlebt, den Weltkrieg mit seinen Konflikten und

Erschütterungen und dann, was vielleicht noch schlimmer war, den Kampf gegen eigenes Fleisch und Blut, das sich verzweifelt, irreführt, verblendet gegen sie selbst empörte. (Sehr wahr!) Dabei wird man nicht jung. Aber wenn man es übersteht — und die Partei hat es überstanden —, dann wird man eisern. Ueberlassen wir es den anderen, mit einer aufgeschminkten Jugend zu prunken. Die Partei ist nicht mehr jung, und doch strömt ihr mit Begeisterung die Jugend zu, wie wir es auf der Bielefelder Tagung zu unserer Freude erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Warum? Weil eben die Partei in ihres Wesens Kern die alte geblieben ist. (Stürmischer Beifall.) Die Jugend und die Aelteren, die sich als ihre Wortführer fühlen, mögen uns kritisieren. Sie haben ein volles Recht dazu. Aber ich möchte mit Franz Grillparzer sagen:

„Ihr nennt mich alt; ich bin nicht jung,
Doch fühl ich noch frisch meine Gaben.
Nur anders ist Männerbegeisterung
Und anders Begeisterung von Knaben.“

Mag die Jugend in ihrer Begeisterung stürmen, sie kann die weniger laute, aber geläuterte Begeisterung der Aelteren nicht entbehren. Wir alle fühlen uns noch jung genug zum Kampf. Dem Kampf gilt unser Programm. Unverrückbar steht uns unser altes Ziel vor uns aufgerichtet, und wir marschieren.

Wir wollen in dieser Stunde, in der wir, wenn der Parteitag unser Werk billigt, von dem Erfurter Programm, unserer Jugend, Abschied nehmen, uns geloben: wir stehen treu zu den alten Idealen unserer Jugend, zur Demokratie und zum Sozialismus, zur Befreiung des Proletariats. Wir wollen unsere ganze Persönlichkeit für sie einsetzen, bis zum letzten, wollen für sie kämpfen bis zum Ende. Allen Feinden der Republik und der Arbeiterklasse aber, allen, die aus-Eigennutz oder blindem Unverstand dem eigenen Volk den Aufstieg zum Licht und zur Freiheit versperren und die sich vielleicht deshalb die Nationalen nennen, ihnen rufen wir zu: Wir sind da! Hütet Euch! Nicht Euch gehört die Zukunft, sondern denen, die aus der Tiefe emporsteigen. Es gibt kein Zurück! (Stürmischer Beifall.)

Otto Braun-Berlin-Friedenau: Nach den gehaltvollen Ausführungen des Genossen Stampfer ist es mir naturgemäß sehr schwer, noch etwas Wesentliches gegen die Ausführungen des Genossen Ströbel zu sagen. Es war das Unglück, daß die ganze Programmdebatte, die sich an die Veröffentlichung des ersten Entwurfs knüpfte, sich in der Hauptsache auf die Negation beschränkte. Man verwarf das, was von der Kommission vorgeschlagen wurde, ohne doch nennenswerte, brauchbare, positive Vorschläge zu machen. Dasselbe haben wir bei den Gegnern der Kommissionsarbeit innerhalb der Kommission erlebt, und dasselbe erleben wir jetzt in dieser Debatte.

Genosse Ströbel meinte in seinen überaus scharfen Ausführungen, das Programm sehe so aus, als ob es im Jahre 1912 gemacht wäre. Ich glaube, die Rede des Genossen Ströbel klang eher so, als ob sie 1912 gehalten worden wäre. (Sehr gut!) Ähnliches habe ich 1912 von ihm auch schon gelesen. Genosse Ströbel sprach davon, daß das Programm uns in allen wichtigen Fragen im Stiche lasse; er sprach von einer erschreckenden Ideenlosigkeit; er sprach davon, daß nicht einmal der Versuch einer originellen Neuschöpfung gemacht worden sei. Aber die Begründung dieses scharfen Urteils war überaus mager. Man hätte nach diesem scharfen Urteil doch erwarten müssen, daß Genosse Ströbel nunmehr zur Begründung auch wirklich etwas sagte.

Was kam aber heraus? Eine lange Klage über Likörstuben, Klantenzkonzern und andere Erscheinungen der heutigen Zeit, die wir mit ihm bedauern, zu deren Behebung wir aber nicht unser Parteiprogramm machen. Es ist falsch, wenn er von der Auffassung ausgeht, daß es Aufgabe der Partei war, eine originelle Neuschöpfung zu machen. Wir hatten unsere alten sozialistischen Ideen nach den Erfahrungen der letzten Jahre in eine neue Form zu bringen, neue Wege für die Verwirklichung alten Ideen zu weisen.

Genosse Ströbel meinte nun, nichts bleibe dem arbeitenden Volke als die Sozialisierung; daran glaube es wie an eine Religion. Wir wollen uns hüten, wieder derartige Religionsbegriffe in unsere Parteiterminologie hineinzubringen; damit haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. Aber wenn er meinte, über die Wege zur Sozialisierung enthalte das Programm nicht einmal eine Andeutung, so möchte ich nicht wiederholen, was Genosse Stampfer schon gesagt hat. Wer das Programm aufmerksam durchliest, wird finden, daß das, was auf diesem Gebiete zu sagen ist, mit aller Schärfe zum Ausdruck kommt. Wenn man allerdings über den Begriff „Gemeinwirtschaft“ noch nicht im klaren ist, dann wird man nicht das im Programm finden, was man sucht. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß in der Kommission keine Klarheit über den Begriff Gemeinwirtschaft bestanden habe. Diese Klarheit bestand in der ganzen Kommission mit Ausnahme des Genossen Ströbel, bei dem sie jetzt noch nicht besteht. Wenn er Gemeinwirtschaft mit der gemischten Wirtschaft verquickt, die wir jetzt hier und dort haben, oder gar mit jener Farce von Gemeinwirtschaft, wie sie aus der Kriegswirtschaft herübergerettet ist, dann ist mit ihm über den Begriff nicht zu streiten; aber wir haben alle Veranlassung, diese falsche Terminologie aus dem öffentlichen Leben herauszubringen. Deshalb haben wir Ueberführung in die Gemeinwirtschaft, d. h. in die sozialistische Wirtschaft gesagt.

Genosse Ströbel vermißt weiter im Programm die Lösung der Wohnungsfrage, Finanzfrage usw. Wenn das Programm ein Katechismus mit Stichwortregister sein soll, das er bei jeder Gelegenheit zur Agitation oder praktischen Tätigkeit in die Hand nimmt, um nachzuschlagen, was er zu tun hat, für den wird es nicht ausreichen. Das Programm soll die grundsätzliche Basis schaffen, von der aus jeder Genosse die Fragen, vor die er gestellt ist, sachgemäß im sozialistischen Sinne zu beantworten hat. Deswegen kann es nicht eine Aufzählung unserer Stellungnahme zu einzelnen Fragen sein. Die spezielle Behandlung der Wohnungsfrage ist eine Angelegenheit, die später in eingehenden Richtlinien dargelegt werden muß und deshalb aus dem Programm herausbleiben mußte. Wenn Ströbel verlangte, daß im Programm nachgewiesen werden müßte, wie man des Valutaelends und der ganzen Finanzmisere Herr wird, dann verlangt er von einer Programmkommission viel zu viel. Was wir grundsätzlich auf dem Gebiet der Aufbringung der zur Deckung der öffentlichen Lasten notwendigen Mittel zu fordern haben, steht mit aller Klarheit drin.

Ich glaube, wir kommen am besten zum Schluß, wenn wir uns nicht in einer gar zu langen Debatte über den Entwurf ergehen. Die Kommission hat in eingehenden Verhandlungen alle Fragen gründlich erörtert, und, da eine Beschränkung notwendig war, diese oder jene wichtig erscheinende Detailfrage herausgelassen. Deswegen bitte ich, es jetzt bei dem Entwurf zu belassen und jeden Versuch einer Aenderung im Plenum zu unterlassen. Ich bitte auch, den Antrag 337, der die Schaffung eines Agrarprogramms verlangt, abzulehnen. Wir haben uns im vorigen Jahre Richtlinien für unsere praktische Agrarpolitik geschaffen, die für die Agitation und für die praktische Tätigkeit in Parlamenten und Gemeinde-

vertretungen ausreichen. Ein Agrarprogramm ist schon oft in Auftrag gegeben worden, zum ersten Male 1893; wir haben es bis heute nicht fertiggebracht. Finden Sie sich damit ab, daß wir ein Parteiprogramm geschaffen haben, daß demnächst über wichtige Fragen, auch über Agrarpolitik und Wohnungsfrage Richtlinien für die praktische Tätigkeit geschaffen werden, dann haben wir Hinreichendes getan. Wir dürfen uns nicht einbilden, durch ein gutes Programm könnten Schwierigkeiten der Agitation und der politischen praktischen Tätigkeit gelöst werden. Wir haben seit Erfurt ein Programm gehabt, das damals noch mit viel größerer Schärfe und sachlich viel begündeter angefochten wurde als der jetzige Entwurf durch die Rede von Ströbel. Gleichwohl haben wir dreißig Jahre mit diesem Programm gearbeitet und agitiert, und der Partei ist es zweifellos sehr gut bekommen. Wenn das jetzt vorgelegte Programm auch uns allen nicht genügt, glaube ich doch, daß es ein vorzügliches Mittel sein wird, nicht nur in der Agitation, um neue Scharen für uns zu gewinnen, sondern daß es auch ein grundsätzlicher Wegweiser für die Parteigenossen sein wird in ihrer vielfältigen Tätigkeit in den öffentlichen Körperschaften aller Art.

Marckwald-Frankfurt: Die Enttäuschung, mit der ich und meine engeren Freunde diesen Parteitag verlassen werden, enthebt mich der Pflicht, das Gute anzuerkennen, was aus diesem Parteitag hervorgeht. Ich werde dieses Programm ablehnen. Ich bin entfernt davon zu behaupten, daß die Partei sich dieses Programms schämen müßte, wenn es angenommen würde. Ich erkenne an, daß die von uns geübte Kritik, namentlich auch an einen ganz besonderen Punkt, Annahme gefunden hat, aber wir halten den Zeitpunkt für die Schaffung eines neuen Programms für den denkbar unglücklichsten. Wir sind der Meinung, der noch am Sonntag der „Vorwärts“ in den schärfsten Worten Ausdruck gab, die sich gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei richteten, daß es notwendiger sei, auf die steigende Einsicht der Unabhängigen als auf Kompromißmöglichkeiten mit der Volkspartei zu rechnen. Wir hoffen, daß die Einigung mit den Unabhängigen möglich ist, die zurzeit noch dasselbe Parteiprogramm haben wie wir. Wir sind auch der Meinung, daß es keinen Sinn hat, ein Programm für ein Jahr zu schaffen, und wenn eine Einigung mit den Unabhängigen erreichbar ist, wird sicherlich der Antrag auf Revision des Programms kommen. Wir sind weiter der Ansicht, daß es nicht angehen sollte, in einer demokratischen Partei ein Programm anzunehmen, nachdem der vorliegende Entwurf in keiner Parteiversammlung diskutiert worden ist.

Stampfer hat mich überzeugt, daß dieser Entwurf abgelehnt werden muß. Er hat bestätigt, daß in bezug auf das Wirtschaftsprogramm Genosse Ströbel im Recht ist, denn Stampfer wandte sich gegen Ströbels Sozialisierungspläne. Ströbel hat gar nichts Utopisches vorgeschlagen, es konnte ihm auch in der Kommission, in der seine Richtlinien vorlagen, sachlich nichts entgegengehalten werden, seine Arbeit wurde allgemein anerkannt. Er hatte nur eine sehr lange Ausarbeitung gemacht, die sich formell in den Rahmen des wirtschaftlichen Teils des Programms nicht fassen ließ. Mein Antrag am späten Abend, die Beratungen bis zum nächsten Morgen zu vertagen, um die Ausarbeitungen Ströbels in knappe programmatische Formeln zu fassen, wurde abgelehnt. Nach der Ansicht des Genossen Stampfer liegt eine Meinungsverschiedenheit vor. Stampfer meinte, wir sollten auf Rußland blicken, was da die Sozialisierung gelistet habe. Das kommt mir so vor, als ob in einer südamerikanischen Republik, wo sich häufig eine von Kapitalisten besetzte Räuberbande der Regierung bemächtigt, eine „Verstaatlichung“ durchgeführt würde und

man dann sagte: Der Sozialismus taugt nichts. In Rußland mögen es nicht Räuberbanden gewesen sein, sondern zum Teil Idealisten. Aber wenn eine kleine Minderheit sagt: Der Staat, das sind wir!, dann ist dieser Sozialismus das Gegenteil vom demokratischen Sozialismus und kann zum Vergleich nicht herangezogen werden.

Der Parteivorstand legte den größten Wert darauf, recht schnell und unbedingt jetzt zum Abschluß zu kommen. Dadurch sind schon rein formell Dinge in das Programm gekommen, die man bei präziser Ausdrucksweise nicht aufrechterhalten kann. Bei den Finanzen verlangte ich die Formel: „Unablösbare Beteiligung des Reiches am Eigentum der industriellen und kommerziellen Großbetriebe sowie des Großgrundbesitzes.“ Ohne die Unablösbarkeit hat die Beteiligung gar keinen sozialistischen Wert. (Zuruf: Sie haben das Wort „unlösbar“ ja selbst fallen lassen.) Das Wort „unablösbar“ nahm man nicht an, aber sonst wurde mein Gedanke nicht bekämpft. Dann wurde hineingeschrieben: Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen. Da fehlt der Großgrundbesitz. Mir wurde gesagt, der Großgrundbesitz sei auch eine kapitalistische Erwerbsquelle. (Schr richtig!) Es wird mir jetzt noch zugerufen: Sehr richtig! Karl Marx hat bei seiner Kritik des Gothaer Programmentwurfs sehr scharf den Unsinn gerügt, Grundbesitz als Kapital zu bezeichnen. Es sieht so aus, wo landwirtschaftliche Unternehmungen dem Grundeigentümer gehören, daß man das unter den landwirtschaftlichen Betrieb rechnen kann. Wo der Grund und Boden verpachtet ist, kann der Pächter „Kapitalist“ sein, wenn er nicht im kleinen arbeitet.

Fragen Sie nur wissenschaftlich geschulte Genossen, wenn Sie wollen Cunow, Bernstein, David oder sonstwen, ob Grund und Boden „Kapital“ ist. Hier hört alle marxistische und auch alle bürgerliche Nationalökonomie auf. Tatsächlich ist der Grundbesitz in unserem Finanzprogramm ausdrücklich ausgenommen.

Ich habe sehr bedauert, daß bei den Forderungen über Verfassung und Verwaltung die Idee der Volksabstimmungen nirgends eine Unterstützung fand. Ich forderte, daß das Volk berechtigt sein solle, den Reichstag aufzulösen. Im Erfurter Programm forderten wir zweijährige Legislaturperioden. Ich habe es als Verdienst unserer Landtagsfraktion erkannt, daß sie das Recht des Volkes erreicht hat, den Landtag aufzulösen. Die Fragen, die der Volksabstimmung gestellt werden, sind leichter zu verstehen als die Fragen, die bei den Wahlen gestellt werden. Ueber die Legislaturperiode haben wir jetzt gar nichts mehr, zu meiner Freude aber Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied. Ich hoffe, daß die Reichstagsfraktion jetzt das Wahlrecht der Soldaten ebenso fordert wie in der Nationalversammlung, während sie es im Reichstag abgelehnt hat. Wir haben hier jetzt den Optimismus, daß es der Volkspartei gelingen wird, eine republikanische Reichswehr zu erreichen. Was wir vergeblich von Sozialdemokraten in der Regierung verlangten, soll jetzt mit Hilfe von Volksparteilern erreicht werden. Wenn es geschieht, braucht sich niemand vor dem Wahlrecht der Soldaten zu fürchten. Wir haben im übrigen keine Angst vor 100.000 Soldaten. Wenn sie alle reaktionär stimmen, würden wir dadurch zwei reaktionäre Abgeordnete im Reichstage mehr haben. Wie soll man der Forderung der Kommunisten und einiger Unabhängiger, den Besitzenden das Wahlrecht zu entziehen, entgegenzutreten, wenn wir einer Handvoll Proletarier das Wahlrecht nehmen.

Ich komme nun zu dem grundsätzlichen Teil des Entwurfs. Wir müssen diesen Entwurf viel kritischer lesen, als wir es vielleicht tun wür-

den, wenn wir nicht unter dem Eindruck dessen ständen, was der „Vorwärts“ als die „taktische Wendung“ der Partei bezeichnete. Wenn ich nicht unter dem Eindruck dieser Tatsache stände, würde ich den ersten Absatz des Entwurfs vielleicht als eine schönklingende Redefloskel auffassen, die nichts weiter besagt. Wir sind nicht die Interessenvertretung des Kleinbürgertums, sondern des Proletariats. Nach diesem Entwurf sollen wir alle körperlich und geistig Schaffenden vertreten, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind. Der Kleinmeister, der Lehrlinge züchtet, hört deshalb nicht auf, auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen zu sein. Wo ich mit Kleinbürgern und Bauern zu tun habe, sage ich immer: Unsere Partei vertritt eure Interessen besser als jede andere, aber ich verschweige nicht, daß da, wo kleinbürgerliche Interessen den proletarischen Interessen entgegenstehen, wir kleinbürgerliche nicht vertreten können.

Man hat die Hauptforderung, die ich stellte, angenommen, daß es nach wie vor Aufgabe unserer Partei sei, den Klassenkampf zu einem einheitlichen und bewußten zu gestalten. Allerdings hat man den Ausdruck Klassenkampf vermieden und gesagt: den notwendigen Kampf der schaffenden Massen. Wenn nicht die Debatte vorausgegangen wäre, in der der Klassenkampf als überwunden hingestellt wurde, wenn nicht die ganze Taktik der Partei mit in Rechnung gestellt werden müßte, dann würde man sich vielleicht sagen können, daß diese Ausdrucksweise gleichgültig ist. Wir halten aber daran fest, daß man den Klassenkampf zu einem bewußten und einheitlichen gestalten muß. (Zuruf: Das steht ja drin!) In anderer Form, wie ich schon zugegeben habe. Wir lassen uns in der Betonung dieses Standpunktes auch nicht dadurch abhalten, daß der Staatsminister Dr. Reinke-Bloch von der Volkspartei, der in Mecklenburg bereits das Ziel erreicht hat, mit unseren Parteigenossen in der Regierung zu sitzen, vor wenigen Tagen auf dem Parteitag seiner Partei in Lübeck erklärt hat: „die Entscheidung darüber, ob diese Politik in Schwerin Dauer gewinnen kann, hängt von den Entscheidungen des Gölitzer Parteitages ab, von der Frage, ob er die links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien abstößt. Tritt sie als Partei des Klassenkampfes auf, dann gibt es keine Gemeinschaft mit uns.“ (Zuruf: Na also, dann sind wir doch ganz einverstanden!) Dieser Zeitgenosse Reinke-Bloch lehnt es zwar ab, mit einer Partei des Klassenkampfes zu arbeiten, aber nicht mit einem sozialdemokratischen Staatsminister in Mecklenburg.

Schließlich sind die Formeln eines Parteiprogramms doch derartig, daß sie mit lebendigem Leben erfüllt werden müssen. Auch die Formel, auf die ich besonderen Wert legte, die Aufgabe, den Klassenkampf zu einem einheitlichen zu gestalten, ist schließlich nur eine Formel, aber ich zweifle nicht, daß das sozialistische Proletariat diesen Gedanken lebendig gestalten wird. Das eine weiß ich: bei den Massen draußen werden wir keine Enttäuschung erleben.

Der Vorsitzende Wels teilt mit, daß folgender Antrag Kurz und Genossen eingegangen ist:

„Im achten Absatz des Programmentwurfs zu sagen statt: „Die Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft“: „Die Umwandlung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in gemeinschaftliche“.

Kurz hat erklärt, daß er diesen Antrag als einen solchen betrachte, der bei Annahme des Antrages Eader durch den Parteivorstand verabschiedet bzw. stillschweigend in das Programm gestrichelt werden könnte. Ein Überweisungsentwurf würde also nicht gehen.

Adolf Braun-Berlin: Ich bitte, den Antrag anzunehmen, der lautet: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf schnellstem Wege eine volkstümliche Erläuterung des Gölitzer Parteiprogramms herauszugeben.

Dieser Antrag ist auch von Marckwald unterzeichnet. Ich habe lebhaft bedauert, daß Genosse Marckwald so wenig Zutrauen zu seinem eigenen Programmentwurf gehabt hat, daß er ihn hier nicht vorgelesen hat. In drei Minuten hätte man ihn vorlesen können; dann hätte man gesehen, was Geistes Kind diese Arbeit ist. Ich hoffe, daß der Parteivorstand sämtliche Programmentwürfe im Druck den Parteigenossen zur Verfügung stellen wird. Dann werden manche, die heute mit unserer Arbeit nicht zufrieden sind, sagen: Unter diesen Blinden sind wir zum mindesten die Einäugigen gewesen. (Heiterkeit.)

Daß man heute die Zukunft nicht durchdringen kann, sondern vieles im Dunkel empfindet, wozu man Stellung nehmen soll, ist leider festzustellen. Ich möchte den Genossen Ströbel dafür zitieren, der uns gesagt hat, in unserer Partei bestehen die mannigfaltigsten Ansichten über Art, Wesen, Begrenzung und Wirkung der Sozialisierung. Diese Mannigfaltigkeit wird noch lange bestehen. Deswegen haben wir dieses Problem mit einer gewissen Vorsicht behandelt. Wir wissen, daß in der Sozialisierungskommission eine Mehrheit und eine Minderheit in der Sozialisierungsfrage war, daß Sozialdemokraten sowohl in der Mehrheit wie in der Minderheit gewesen sind. Dabei hat sich die Sozialisierungskommission unter Heranziehung aller erreichbaren Materialien und Sachverständigen jahrelang intensiv mit diesem Problem befaßt. Auch in weiten Parteikreisen bestehen verschiedene Ansichten über das Wesen, die Begrenzung und über die relativen Möglichkeiten der Sozialisierung. Wir sind alle für die Sozialisierung, aber keiner von uns ist so dreist, daß er seine Ueberzeugung über die Sozialisierung als unbedingt maßgebend für die gesamte Partei erklären will.

Es ist vorgeschlagen worden, diese Verhandlungen zu verschieben. Es ist gesagt worden, in einem Jahre müßten wir um soviel gescheiter geworden sein, daß wir ein alle Genossen und Genossinnen befriedigendes Programm beschließen können werden. Verschiebungen sind kein Zeichen der Stärke. Wir haben im kommenden Jahre keine Zeit, uns auch mit einer Programmarbeit zu belasten. Die Verschiebung wäre nur begründet, wenn man erwarten dürfte, daß innerhalb der Partei, der nun 5 Millionen Gesinnungsgenossen angehören, eine Meinung als allein maßgebend gefunden werden könnte. Das ist aber unmöglich. Wir haben schon mit den Verschiebungen der Beschlüßfassung über das Agrarprogramm schlechte Erfahrungen gemacht.

Von einigen Genossen, die wie ich für die Einigung aller Proletarier in Deutschland eintreten, suchte man den Glauben zu erwecken, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei darauf warte, daß wir ihr ein ihr genehmtes Programm präsentieren, damit auf dessen Grundlage eine Einigung zustande komme. Kenner der Politik können so etwas nicht behaupten. Wo es konkurrierende Parteien gibt, wird niemals der Konkurrent das gut finden, was der Niederkonkurrierende sagt und tut. Der Gedanke, auf dem Wege der Programmschöpfung zu einer Einigung zu gelangen, ist zwar verheißungsvoll, aber auch undurchführbar. Die Einigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wird nicht das Ergebnis irgendwelcher tiefergründigen Erörterungen, nicht eine Einigung über die Auslegung von Grundsätzen des Sozialismus sein, sondern das Ergebnis der Notwendigkeit des politischen Zusammenwirkens in allen Ländern und Gemeinden, wo es sich um die Besserung der Lage

der Arbeiterschaft und um die Durchsetzung zum Sozialismus handelt. Wir müssen durch harte praktische Arbeit, nicht durch die theoretische Gestaltung des Programms zur Einigung kommen. Sind wir einmal geeinigt, dann werden wir das Programm neugestalten; die Einigung wird ein neues Programm wert sein.

Es ist gesagt worden, die USP. hatte bisher das gleiche Programm wie wir. Wo finden Sie irgendeine Bemerkung in der unabhängigen Presse über das Erfurter Programm? Sie finden in unserer Partei keinen Mann, auch keinen Ströbel, der Wort für Wort noch das wissenschaftlich vertreten will, was im Erfurter Programm steht. Gibt es einen Mann der nationalökonomisches Verständnis hat, der die Krisen- und Verelendungstheorie des Erfurter Programms noch unverändert vertreten kann; einen Mann von geschichtlichem Wissen, der die Katastrophentheorie im Erfurter Programm heute noch restlos gelten lassen darf?

Genosse Marckwald hat gesagt, der zweite Programmentwurf sei nicht diskutiert worden. Ich selbst bin ein lebendiges Beispiel gegen diese Behauptung, ich habe in einer Reihe von Versammlungen über den zweiten Programmentwurf gesprochen. Der zweite Programmentwurf war das Ergebnis tolerantesten Bemühens der früheren Programmkommission, aus den Kritiken sowohl in das neue Programm einzuarbeiten, als beim besten Willen möglich war. Wenn wir so fortfahren wollten, jeden neuen Entwurf, also auch den vorliegenden, ganz von der Gesamtpartei durchdiskutieren zu lassen, dann würden wir die Methode der Chinesen anwenden, aber nicht die zielstrebender Menschen, die zu irgendeinem Ergebnis zu gelangen suchen.

Marckwald hat sich entrüstet über eine falsche Bezeichnung des Großgrundbesitzes im vorliegenden Programmentwurf. Die große Masse der Arbeiter sieht im Großgrundbesitz nicht nur ein Rentenunternehmen, sondern auch eine großkapitalistische Erwerbsquelle (Sehr richtig!); schon wegen ihrer kapitalistischen und industriellen Durchdringung.

Genosse Marckwald ist entrüstet, daß wir die Volksabstimmung nicht ins Programm aufgenommen haben. Wir waren der Meinung, daß das, was in der Reichsverfassung steht, gegebenes Recht ist und nicht eine neu zu erstrebende Aufgabe, also nicht ins Programm gehört. (Sehr richtig!) Er hat auch Verfehltes über die Volkspartei gesprochen. Erstens haben wir noch kein Bündnis mit ihr, und wenn wir einmal mit ihr zusammengehen müssen, so wird man daraus den ungeheuren Ernst erkennen müssen, den wir für die Erhaltung der Republik aufbringen, die Bereitschaft, die höchsten Opfer zu bringen, um zu sichern, was die Revolution geschaffen hat. Mit den Worten des Genossen Marckwald kann man vielleicht eine Programmkommission ärgern wollen, aber die Republik kann man sicher nicht mit dieser Methode sichern. (Heiterkeit.)

Die Forderung, Garantierung des Existenzminimums, des Rechts zum Leben, ins Programm hineinzunehmen, ist bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich. Wir sind viel zu arm, um diese schöne Forderung zu erfüllen.

Genosse Ströbel hat bemängelt, daß wir die Lösung der Valutafrage nicht ins Programm aufgenommen haben. Genosse Ströbel soll sofort, wenn er nach Berlin kommt, mit dem Auto ins Finanz- und Wirtschaftsministerium fahren und sagen, wie man das Valutaelend aus der Welt schafft. (Heiterkeit.) Mit einer derartigen Lächerlichkeit von Forderungen beweist man nur, daß man von Nationalökonomie keine Ahnung hat. (Sehr gut!)

Der Parteitag hat nicht die Aufgabe, zu untersuchen, ob wir genügend wissenschaftlich gearbeitet haben, sondern er soll feststellen, ob das Pro-

gramm eine agitatorische Wirkung ausstrahlt, ob es demokratisch ist und ob auf diesem Wege unsere sozialistischen Forderungen durchgesetzt werden können. Ist das Programm ein guter Stock, auf den gestützt wir auf steinigem Boden zum sicheren Ziele marschieren können, dann stimmen Sie für das Programm. (Bravo!)

Bernstein-Berlin-Schöneberg: Vielfach ist davon gesprochen worden, daß der neue Programmentwurf und die Vorarbeiten zu ihm ein Abweichen vom Marxismus bedeuten. Davon kann gar keine Rede sein. Der Geist des Marxismus, was von ihm unsterblich bleibend ist, nämlich die großen Grundgedanken der marxistischen Gesellschafts- und Geschichtstheorie, haben uns alle von Anfang bis zu Ende beseelt. Es könnte sich höchstens um die Anwendungen von Gedanken des Marxismus handeln, die Marx und andere zu ihrer Zeit gezogen haben. Aber bei den Anwendungen stehenbleiben, die sich doch auf bestimmte geschichtliche Voraussetzungen stützen, wäre sehr im Widerspruch mit dem Geist von Marx, Engels und seinen Schülern gewesen.

Auch der Gedanke, daß wir gezwungen wären, wenn wir uns nicht ganz streng an das Erfurter Programm halten, eine neue Theorie auszuarbeiten, geht von falschen Voraussetzungen aus. Ich bin der letzte, der den Wert theoretischen Denkens unterschätzt. Aber eine neue Theorie brauchen wir darum nicht aufzustellen. Es handelt sich darum, die Grundgedanken der Theorie, die wir übernommen haben, weiter auf die gegebenen Verhältnisse anzuwenden. Sie haben in die Programmkommission Leute gewählt, die sich zum Teil schon ein ganzes Leben mit der Theorie beschäftigt haben, andere, die mitten im realen politischen Kampf der Partei, in den Parlamenten und Organisationen stehen. Das sind keine Neulinge gewesen. Wenn Genosse Marckwald von der Arbeit mit der Hetzpeltsche spricht, dann darf er nicht vergessen, daß die Aufgabe der Programmkommission nicht war, ein neues Programm auszuarbeiten, sondern Vorarbeiten, die vorlagen, die Form zu geben. Das ist nach Möglichkeit geschehen. Natürlich mußten manche Wünsche und Auffassungen einzelner zurückgestellt werden. Ich fürchte, daß wir, wenn wir die Abstimmung über das Programm noch verschieben, nach einem Jahre nicht anders dastehen werden als heute. (Sehr richtig!) In der Schlußabstimmung haben von den 28 Mitgliedern 24 für das Programm gestimmt, nur zwei nämlich Ströbel und Marckwald, haben dagegen gestimmt und zwei haben sich enthalten. Es ist also ein Programm, auf das man sich einigen kann.

Es ist die Furcht ausgedrückt worden, daß die Annahme dieses Programms sich als eine Wand gegen eine Einigung der USP. herausstellen würde. Die beiden Genossen Braun haben schon gesagt, daß das, was uns von den Unabhängigen trennt, kein Programm, sondern die Politik ist. (Sehr richtig!) Haben wir uns über die großen Fragen der Politik in Deutschland verständigt, dann kommt die Einigung, dann wird ihr kein Programm im Wege stehen. Uebrigens haben nicht wir, sondern die Unabhängigen selbst ein Aktionsprogramm aufgestellt, das sich sehr wesentlich von dem Fundamentalgedanken des Erfurter Programms unterscheidet. (Sehr richtig!)

Man darf auch nicht darauf verweisen, daß man in Gotha nach der Einigung ein gemeinsames Programm gemacht hat. Ich bin einer der wenigen, die die damalige Einigung mit durchgemacht haben. Vergessen Sie nicht: damals hatten die Lassalleaner und Eisenacher grundverschiedene Programme. Da bestand die Notwendigkeit, ein gemeinsames Pro-

gramm zu machen. Heute, wo wir in der Auffassung vom Sozialismus durchgedrungen sind zu einer Kenntnis vom Wesen des Marxismus, die damals selbst bei den Eisenachern nur ganz ausnahmsweise vorhanden war, heute, wo die ganze Bewegung auf diesem Grundgedanken aufgebaut ist, ist die Frage eine ganz andere. Wir haben Rücksicht auf den Kampf der eigenen Partei zu nehmen. Die Bedürfnisse unserer Bewegung sprechen dafür, daß wir mit einem neuen Programm auftreten, das unseren Genossen im Lande Richtlinien gibt und die Unterlage für eine den neuen Verhältnissen entsprechende Agitation bildet. Darum ist die Notwendigkeit gegeben, das Programm zu machen. Die Vertagung würde zwar kein Nationalunglück sein, aber ich bin überzeugt: in einem Jahre werden wir die absolute Einigkeit ebensowenig haben wie heute. Begnügen wir uns also mit einer Verständigung.

Lassen Sie mich noch mit ein paar Worten auf einige Bemerkungen der Genossen Ströbel und Marckwald eingehen.

Genosse Ströbel, den ich als Kämpfer und als Charakter gleich hochschätze, leidet nach meiner Auffassung etwas darunter, daß er seit der Kriegszeit vollständig außerhalb der praktischen Tätigkeit in den Parlamenten und Gemeinden gestanden hat, daß er keine Ahnung hat und haben kann von den ernsthaften Diskussionen, die wir im Reichstag und in den Landtagen gerade über diese Fragen gepflogen haben, die wir jetzt im Programm formulieren. Wir haben bedeutsame Diskussionen hinter uns und können auf Grund von Erfahrungen urteilen.

Dann sagte Genosse Ströbel, das einzige Mittel, um über die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Republik hinwegzukommen, sei die Sozialisierung. Ich bitte ihn, nicht zu vergessen, daß wir eine Sozialisierungskommission haben, die sich vorwiegend aus Sozialisten und aus einer Anzahl von Gelehrten zusammensetzt, die selbst Sozialisten sind oder den sozialistischen Anschauungen sehr nahe stehen. Was sagt ihr Bericht? Er sagt, daß man schrittweise vorgehen muß, daß man nicht mit einemmal alles sozialisieren kann. Der Bericht schlägt dann einen Weg vor, und zwar soll zunächst einmal die Kohlenindustrie, also ein Industriezweig, herausgegriffen werden. Er enthielt außerdem Angaben über bestimmte Formen der Sozialisierung, die manchem orthodoxen Sozialisten nicht als waschecht erscheinen mögen: Die Sozialisierung ist ein Prozeß, der Zeit braucht, der systematisch vor sich gehen muß. Das kann man wohl in einem Bericht über die Sozialisierung darlegen, aber im Programm kann man eben nur den großen Gedanken aussprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem dürfen wir uns unter Sozialisierung nicht eine bestimmte Formel vorstellen. Die Sozialisierung vollzieht sich auf verschiedenen Wegen unter immer stärkerer Betonung und Verwirklichung des sozialen, des gesellschaftlichen Gedankens in der Industrie und in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Da hat die Republik schon manches Große geschaffen. Nach meiner Auffassung war das Betriebsrätegesetz ein bedeutsames Stück auf dem Wege zur Sozialisierung. (Sehr richtig!)

Ich möchte dann einige Einwände des Genossen Marckwald widerlegen. Er rügt das Fehlen der Volksabstimmung im Programm. Es ist ihm schon mit Recht gesagt worden, daß die Volksabstimmung ja schon in der Reichsverfassung enthalten ist und infolgedessen nicht mehr von uns als Forderung aufgestellt zu werden braucht. Ich möchte aber noch davor warnen, in dieser Frage über das hinauszuweisen, was schon in der Verfassung der Republik steht. Vergessen Sie nicht, zu welchen Pro-

blemen uns die Volksabstimmung in einem Volke führt, das in seiner Masse erst zur Republik erzogen werden muß (lebhaft Zustimmung), und daß wir das Schicksal der Republik nicht dem Zufall einer Volksabstimmung ausliefern können. (Erneute lebhaft Zustimmung.)

Ich sage noch einmal: dem einen mag dies, dem andern jenes fehlen; aber als Ganzes genommen erfüllt der vorgelegte Entwurf seinen Zweck. Er ist das, was die Partei braucht. Für die Ewigkeit ist kein Programm geschaffen; es ist geschaffen für die praktischen Lebensaufgaben der Republik. Darum kann ich Ihnen von ganzem Herzen empfehlen, den Programmentwurf so anzunehmen, wie ihn die Kommission vorgelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

Laufkötter-Hamburg: Ich möchte im voraus der Arbeit der Kommission meine volle Anerkennung zollen, und ich kann erklären, daß ich im großen und ganzen mit der Fassung des Programms einverstanden bin; aber das soll mich nicht abhalten, einige Anregungen zu geben.

Bekanntlich hat jedes Programm, also auch das sozialdemokratische Parteiprogramm, eine doppelte Aufgabe. Zunächst soll es die Erkenntnisse, die Willensrichtungen und die Forderungen festlegen, die in einem gegebenen Augenblick aus den wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und sonstigen Verhältnissen herauswachsen. Daraus erklärt sich die Wandlungsfähigkeit und die Wandlungsnotwendigkeit eines jeden Programms. Ferner hat ein Programm den Zweck, als Banner einer Partei, einer Gruppe, voranzuziehen, um eine Werbekraft nicht nur auf die Interessenten, d. h. auf die, die sich aus irgendwelchen äußeren Interessen dieser Partei anschließen, sondern auch auf die Gesinnungsgenossen auszuüben, damit sie sich um dieses Banner sammeln.

Nun möchte ich die Anregung geben, als ersten Satz in das Programm folgenden Satz aufzunehmen: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist ihrem Wesen nach eine Kulturpartei; ihr Ziel ist der Kultursozialismus, dessen Vorbedingung der Wirtschaftssozialismus ist.“ Der sozialdemokratischen Bewegung, wie der Arbeiterbewegung im allgemeinen wird der Vorwurf gemacht, daß sie ausschließlich oder fast ausschließlich wirtschaftliche, materielle Interessen vertritt, also eine wirtschaftliche Partei sei. Nun hat sich die Sozialdemokratische Partei wie die Arbeiterbewegung überhaupt in den letzten Jahrzehnten von einer Wirtschaftspartei zu einer Kulturpartei entwickelt. Wir erstreben den Kultursozialismus; wir sind aber auch überzeugt, daß die Kultur und der Kultursozialismus nur geschaffen werden kann durch eine Veränderung der wirtschaftlichen Unterlagen.

Dann habe ich folgendes zu befürworten. Im ersten Absatz heißt es: „Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden . . . zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgenossenschaft für Demokratie und Sozialismus.“

Ich möchte den Antrag stellen, zu sagen: „zur Kampfgenossenschaft für demokratischen Sozialismus“. Wir müssen endlich einmal ein Ende machen mit der Unklarheit, die über den Begriff Demokratie besteht. Es ist meine feste Überzeugung, daß die Demokratie nicht ein Mittel zum Sozialismus ist, ebensowenig, wie der Sozialismus ein Mittel zur Demokratie ist, sondern daß Demokratie und Sozialismus eine innige Vereinigung eingehen müssen. Der Sozialismus, d. h. die Umgestaltung des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens soll sich vollziehen auf demokratischer Grundlage, nämlich unter Gleichberechtigung und unter Mitarbeit aller Volksgenossen. Es gibt bekanntlich drei For-

men, den Sozialismus zu verwirklichen, den autoritären, obrigkeitlichen Sozialismus, wie ihn Thomas Morus und Plato gepredigt haben, dann sein Gegenstück, den autoritätslosen Sozialismus, also Syndikalismus und Anarchismus, dann als goldenen Mittelweg den demokratischen Sozialismus. Ich halte es für notwendig, zu erklären: wir sind Sozialisten, die die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf demokratischem Wege erreichen wollen, und wir wollen diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch auf eine demokratische Grundlage stellen.

In dem zweiten Absatz finde ich den Ausdruck „Klassenkampf“. Sie wissen, daß dieser Ausdruck im ersten Programmentwurf nicht enthalten war. Es gibt wohl wenige Schlagworte, die so mißbraucht werden, wie der Ausdruck „Klassenkampf“, und ich halte es deswegen für notwendig, folgendes hinzuzufügen: „Unter den verschiedenen Mitteln im Klassenkampf kommt die Gewalt erst dann zur Anwendung, wenn alle anderen Mittel versagen.“ Wir müssen uns von der Gewaltpolitik abkehren. Die Gewalt hat noch niemals etwas Gutes, Neues und Positives leisten können. Die Gewalt hat immer nur vernichtet, was vernichtungswürdig war. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, daß der Ausdruck „Klassenkampf“ immer als Gewaltkampf aufgefaßt wird. Ich habe den Genossen immer gesagt: die, die in einer Verhandlungskommission mit den Unternehmern sitzen, führen einen mindestens ebenso wirkungsvollen Klassenkampf wie diejenigen, die bei Demonstrationen auf die Straße ziehen und Fensterscheiben entzweischlagen. (Sehr richtig!)

Dann möchte ich noch etwas zur Wirtschaftspolitik sagen. Der Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ ist etwas sehr mager ausgefallen. Ich freue mich vor allen Dingen, daß der Ausdruck „Sozialisierung“ nicht hereingekommen ist; denn mit diesem Schlagwort wird nur Unfug angerichtet. In unserem früheren Programm stand der Ausdruck „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, weil man sich scheute, den Ausdruck Verstaatlichung zu gebrauchen. Aber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel umfaßt nicht alles. Sie ist ein einmaliger Akt, entweder ein Gewalt- oder ein Rechtsakt, und dann setzt erst die eigentliche Sozialisierung ein, d. h. die Umgestaltung nicht nur der Produktionsmittel, sondern auch der Menschen, die mit den Produktionsmitteln arbeiten, also eine innere Umgestaltung der Menschen. Deswegen möchte ich empfehlen zu sagen „Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung“.

Ich halte weiter den Ausdruck „Grund und Boden“ in dem Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ für zu weitgehend, weil jeder kleine Bauer, jeder Besitzer unter Umständen enteignet werden könnte, was uns natürlich nicht einfließt. Ich empfehle deshalb folgende Fassung: „Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, soweit sie als Ausbeutungsmittel angewendet werden, sind in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen unter bewußter und planmäßiger Schonung berechtigter Interessen.“ Es ist notwendig, daß wir den kleinen Leuten sagen: „Wir haben kein Interesse daran, euch zu enteignen; wir schützen bewußt und planmäßig eure berechtigten Interessen.“ Wir könnten im Programm noch hinzufügen: „Der gleiche Grundsatz soll auch in Bezug auf die kleingewerblichen Betriebe gelten.“ Ich vermiße im Entwurf überhaupt eine Stellungnahme zu der sehr wichtigen Frage, wie wir uns gegenüber den gewerblichen Kleinbetrieben verhalten sollen. In der Wirtschaftspolitik habe ich zum ersten Programmentwurf vorgeschlagen, zu sagen: „Solange Kleinbetriebe und Kleinbetriebe noch eine Existenzberechtigung haben, sollen wir sie unterstützen, und das weitere sollen wir der Entscheidung überlassen.“ Wir sind dazu verpflichtet, auch die Leute zu unterstüt-

zen, die uns vielleicht wegen ihrem Egoismus noch fernstehen. Wir müssen alles das schützen, was heute noch lebensfähig ist und gewisse soziale Funktionen zu erfüllen hat.

In dem Abschnitt „Kultur- und Schulpolitik“ steht wieder der wunderbare Satz, mit dem wir schon seit Jahrzehnten gearbeitet haben: „Religion ist Privatsache“. Es heißt: „Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache“. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Religion keine Sache des Staates sein kann, sofern man sie als eine Ueberzeugungssache betrachtet. Dann heißt es weiter im Programmentwurf: „Trennung von Staat und Kirche“. Ich möchte bitten, „Unterscheidung zwischen Religionsgemeinschaften und Religionsgesellschaften“ hinzuzufügen. Ich halte das für bedeutungsvoll. Die Soziologie macht einen Unterschied zwischen einer Gemeinschaft und einer Gesellschaft. Eine Gemeinschaft ist eine Vereinigung von Leuten, die wegen äußerer wirtschaftlicher Zwecke zusammengetreten sind. Eine Gesellschaft ist eine Vereinigung von Menschen, die durch innere seelische Bande miteinander verknüpft sind. Nun lehrt uns die Religions- und Kirchengeschichte, daß jede Religion ursprünglich eine Gemeinschaft war. In der Bibel heißt es ja von der Gemeinde Jerusalem: sie war ein Herz und eine Seele. Aber die Geschichte lehrt, daß alle Religionsgemeinschaften im Laufe der Zeit zu Religionsgesellschaften geworden sind, d. h. daß unter dem Deckmantel der Religion wirtschaftliche und sonstige Interessen vertreten werden. Wir müssen das im Programm nach meiner Meinung zum Ausdruck bringen, daß wir jede religiöse Gemeinschaft unangestastet lassen, daß wir uns aber das Recht vorbehalten, in die Religionsgesellschaften, d. h. in diese scheinbar religiösen, in Wirklichkeit aber wirtschaftlichen Gebilde ebensogut einzugreifen, wie wir in andere Wirtschaftsgebilde eingreifen, wenn es das Gemeinwohl erfordert. (Beifall.)

Édouard David-Berlin: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Sozialdemokratie nennt sich mit Stolz die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie beansprucht also für ihre Lehre, daß sie vor dem Richterstuhl der Wissenschaft bestehe. Sie beansprucht, daß das, was sie programmatisch als ihre Wirtschaftstheorie, als ihre Auffassung von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in das Programm aufnimmt, mit den Tatsachen der Wirklichkeit übereinstimmt. Je älter man wird und je mehr man sich mit der Wissenschaft beschäftigt, um so bescheidener wird man, und um so vorsichtiger wird man im Aussprechen allgemeiner Wahrheiten, im Aufstellen theoretischer Sätze, und vor allen Dingen im Prophezeien über die Zukunft. (Sehr richtig!) Denn die Wirklichkeit ist so vielfältig, so kompliziert, daß kein Kopf, und sei es der begabteste, auch nur einigermaßen imstande wäre, die ganze Wirklichkeit in allen ihren ursächlichen Beziehungen zu erfassen. Weiter steht die Wirklichkeit nicht still. Das Leben geht weiter. Neue Kräfte setzen ein, neue ursächliche Verwicklungen entstehen. So muß die gewissenhafte Forschung feststellen, daß frühere Voraussetzungen hinfällig wurden, daß neue Verhältnisse entstanden, daß Lehren, die man einstmals für richtig hielt, korrigiert werden müssen.

Man sage ich: Wenn ich das heute vorgelegte Programm mit dem Erfurter Programm vergleiche, dann ist das heute vorgelegte Programm wissenschaftlicher als es das Erfurter Programm war; es ist vorsichtiger und zurückhaltender im Aufstellen allgemeiner Sätze und im Aussagen über die Zukunft. Der Kollege Adolf Braun hat schon ausgesprochen, niemand könnte heute mehr mit gutem wissenschaftlichen Gewissen die allgemeinen Sätze des Erfurter Programms ohne Korrektur annehmen.

Wenn wir die Wissenschaft bei der Aufstellung unseres Programms beachten, wenn wir uns mit der nötigen Vorsicht gegenüber der Wirklichkeit in ihrer ganzen Kompliziertheit ausdrücken, dann ist das viel besser, als wenn wir Dinge, die Probleme sind, als apodiktische Wahrheiten hinstellen, Hypothesen als Prophezeiungen hinausgeben und gewissermaßen dogmatische Sätze prägen, die den Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben. Das ist nicht nur ein Abirren vom Wege der Wissenschaft, sondern ist auch höchst bedenklich für das geistige Leben einer Partei. (Sehr richtig!) Denn aus diesem Verfahren entsteht das, was das geistige Leben einer Partei oft schwer schädigt und verkümmert. Sobald man dogmatisch wird, verläßt man die Wissenschaft und stellt sich auf den Boden einer Glaubensgemeinschaft. (Sehr wahr!) Man faßt dann das Programm gewissermaßen als ein Glaubensbekenntnis auf und sieht den, der einzelne Sätze ansieht, als einen halb Abtrünnigen an, und dann beginnt das Ueble, daß in die geistigen Kämpfe das Persönliche hineingetragen wird, indem man den sachlichen Gegner auch als Mensch und Parteigenossen verdächtigt. Ich hoffe, daß diese Zeiten für die Sozialdemokratie vorbei sind und daß das neue Programm dazu beitragen wird, der Partei in Zukunft derartige innere Kämpfe zu ersparen. Man hat in der Kommission — Genosse Marckwald hat das auch hier getan — wieder von Richtungen gesprochen. Genosse Marckwald sprach von seinen „engeren Freunden“. Demgegenüber müssen wir sagen: Wir wollen keine Richtungen mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Die Partei hat in der schwersten Zeit zusammengestanden, als das Chaos uns umflutete, als es hart auf hart ging; da hat sie unter sich treue Kameradschaft gehalten. Eine Partei, die sich in einer solchen Kampfkameradschaft bewährt hat, sollte wabhaftig gegen solchen Richtungsstreit gefeit sein. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Streit darf es nicht mehr geben, und dazu soll unser neues Programm beitragen.

Das Programm ist vorsichtig und bescheiden im Aussprechen allgemeiner Sätze, und zwar mit Absicht. Das ist nicht Schwäche, sondern das ist ein Ausfluß des wissenschaftlichen Wahrheitsgewissens. Das müssen wir haben, wenn wir eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus sein wollen. Unser Vorkämpfer August Bebel hat das auch einmal sehr schön ausgedrückt. Er sagte bei der Zukunftsstaatsdebatte im Reichstag im Jahre 1893:

Wir sind nicht nur eine, wie Sie sagen, revolutionäre Partei, wir sind auch eine vorwärtstrebende Partei, eine Partei, die ständig lernt und in beständiger geistiger Mauserung begriffen ist, eine Partei, die nicht die Meinung hat, daß ein heute ausgesprochener Satz und eine heute als richtig gehegte Anschauung unzweifelhaft und unfehlbar für alle Ewigkeit feststeht.

Das sollten wir uns einprägen, und noch mehr sollten wir uns den Satz aus seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ einprägen, wo er den Sozialismus mit dem Satz definiert: „Der Sozialismus ist die mit voller Erkenntnis auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.“ Auch die Fragen der Sozialisierung müssen vor diesen Richterstuhl treten. Alle Vorschläge müssen daraufhin geprüft werden: Stimmen sie zur tatsächlichen Wirklichkeit? Sind sie im Einklang mit der wissenschaftlichen Forschung? Wenn nicht, so sind sie nicht für uns akzeptabel.

Unser Programm soll dem Geist der Parteigenossen nicht verengen, sondern weiten und anregen. Es soll jeden zur Kultur seines Wahrheits-

gewissens erziehen. (Bravo!) Es soll verhindern, daß der geistige Nachwuchs sich in Richtungen trennt. Es soll uns auch die geistige Berufswirtschaft näherbringen. Es soll uns ermöglichen, die Position zu erobern, die wir erobern müssen, an den Hochschulen, an den Universitäten. Der wissenschaftliche Sozialismus gehört an die Stätten der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre, an die höchsten Schulen des Volkes.

Die ernste wissenschaftliche Prüfung ist aber auch notwendig, wenn wir bei den praktischen Forderungen nicht in die Irre gehen wollen, und darum haben wir auch dabei weitgehende Vorsicht walten lassen. Früher brachte man einige weitgehende Forderungen zu Papier, und damit war die Sache erledigt. Aber jetzt saßen Leute in der Kommission, die in der sozialistischen Praxis arbeiten, um unsere Forderungen in die Wirklichkeit zu überführen. Forderungen aufstellen ist leicht, aber sie durchsetzen und ausführen, sehr schwer. (Sehr richtig!) In dieser Situation ist die Partei heute. Sie ist nicht mehr bloß eine theoretisch-propagandistisch kämpfende Partei, sondern wir sind Werkleute, die an der Baustelle stehen und mit der Kelle in der Hand das praktische Werk fördern müssen. Dabei sind wir mit den Theorien StrüBELs und Marckwalds oft in Konflikt gewesen. Die praktische Erfahrung mahnte uns: Nichts Falsches, damit wir nicht unnötig die Parteigenossen in die Irre schicken. Wir waren auch der Meinung, daß Spezialprogramme geschaffen werden müssen. Ein Agrarprogramm muß alsbald geschaffen werden aus zwei Gründen. Einmal aus dem politischen Grunde, daß wir die Millionenmassen der Arbeitsbauern, der Kleinbauern, die zum werktätigen Volke gehören, für uns gewinnen müssen, wenn wir die politische Macht nicht nur erobern, sondern behaupten wollen. (Sehr gut!) Das Zweite ist, daß auf dem Gebiete der Ernährungspolitik uns die große Aufgabe gestellt ist, unseren Boden zu nutzen, daß wir aus ihm die möglichst große Summe von Gütern herausholen. Das ist eine Lebensfrage für unser Volk. Aus diesen beiden Gründen muß diese Frage baldmöglichst geregelt werden.

Es ist ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission hierfür gestellt worden. Ich empfehle, den Antrag anzunehmen, aber den letzten Satz zu streichen, daß diese Kommission bereits dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorlegen müsse, da wir nicht wissen, ob das möglich ist. Die Agrarkommission muß eine agrarische Studienkommission sein, die das Problem nach allen Seiten durcharbeitet.

Genosse Laufkötter hat an einem Satze, der sich auf die Agrarpolitik bezieht, Kritik geübt. Der Satz, daß Grund und Boden der kapitalistischen Ausbeutung entzogen und in den Dienst der Volksgemeinschaft gestellt werden soll, soll mißverständlich sein. Das Mißverständnis steht aber eigentlich nicht drin. Es trifft dieser Satz nicht die kleinen Bauern, die den Boden handwerklich nutzen. Diese fallen nicht unter die, welche den Boden kapitalistisch ausbeuten. Es trifft die großbetriebliche kapitalistische Ausbeutung des Bodens in allen ihren Formen. Wenn einer Terringewellschaft das Gelände, mit dem sie spekuliert, genommen wird und Heimstätten darauf errichtet werden, so wird der Boden damit der kapitalistischen Ausbeutung entzogen und in eine Form übergeführt, die den Interessen der Gemeinschaft entspricht. Oder, wenn eine große Gutsfläche mit kleinen Bauern besiedelt wird, so ist das ebenfalls ein Weg, Boden der kapitalistischen Wirtschaft zu entziehen und dem Interesse der Volksgemeinschaft gerecht zu werden.

Noch ein paar Worte zur Frage der Sozialisierung. Die beiden Kritiker unseres Programms haben gemeint, wir seien da hinter dem zurückgeblieben, was wir hätten tun müssen. Die Sozialisierung ist nach dem Zusammenbruch unserer Wirtschaft ein viel schwierigeres Kapitel, als es es gewesen wäre, wenn wir hätten sozialisieren können, nachdem der Kapitalismus an seinem Ueberfluß erstickt war. Wo wir sozialisieren, müssen wir die Gewißheit haben, daß die Produktion gesteigert wird. Besonders unterstreichen muß ich aber die innere Schwierigkeit. Man kann nicht sozialisieren ohne Sozialisten. (Sehr gut!) Sozialist ist aber nicht etwa der, der irgendeinen sozialistischen Satz für richtig hält oder eingeschriebenes Mitglied der Partei ist. Sozialist ist ein Mensch, der aus innerem Pflichtgefühl seine beste Kraft dem Gemeinwohl widmet. (Sehr gut!) Der, wo er auch steht, sein Bestes gibt, weil er sich verpflichtet fühlt, mit seiner Arbeit der Gesamtheit zu nützen. Sozialisten zu erziehen, ist jetzt unsere Aufgabe. Da treffe ich mich mit dem, was Laufkötter gesagt hat: Die Sozialdemokratie will nicht nur Wirtschaftssozialismus, sondern auch Kultursozialismus: sie betreibt nicht nur eine technische, sondern auch eine psychologisch-moralische Angelegenheit. Möge unser Programm dazu beitragen, diese großen Aufgaben mit aller Kraft in Angriff zu nehmen, damit wir vorwärtsschreiten auf dem Wege zu einer Gesellschaft, in der jeder Mensch eine kulturell entwickelte Persönlichkeit sein kann. Persönlichkeit und Sozialismus sind untrennbare Begriffe. Vorwärts ist darum in den Kampf zur Herbeiführung einer solchen Gesellschaft arbeiten wir für eine schönere Zukunft unseres Volkes und der gesamten Menschheit. (Lebh. Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Debatte ist geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Marckwald-Frankfurt, daß ihm zugerufen worden sei, er habe auf das Wort „unablösbare Beteiligung des Reiches am Eigentum der Großbetriebe und des Großgrundbesitzes“ verzichtet. Das Protokoll stelle fest, daß der Zurufer, Genosse Keil, sich im Irrtum befinde.

Keil-Ludwigsburg bemerkt persönlich, daß er Marckwald gebeten hat, die Unablösbarkeit nicht hinzuzunehmen, worauf Marckwald ihm geantwortet habe, er verzichte ja darauf.

Marckwald-Frankfurt erwidert persönlich, daß er gesagt habe, daß, wenn man das Wort „unablösbar“ aus sachlichen Gründen nicht wolle, man seine Formel als die beste annehmen müsse. Darin liege kein Verzicht.

Bader-Magdeburg bemerkt zur Geschäftsordnung, daß in dem Entwurf verschiedene Unebenheiten sprachlicher Art seien, z. B. im zweitletzten Absatz unter „Kultur- und Schulpolitik“. Da er wegen des Schließens der Debatte seinen Antrag, der dem Parteivorstand das Recht geben soll, den Entwurf stilistisch zu überprüfen, nicht habe begründen können, bitte er den Parteitag, den Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende Weis stellt fest, daß die erwähnte Stelle schon korrigiert worden ist.

Ein Antrag, für heute abend die Sitzung zu schließen, dem sich auch Hoch-Hann mit der Begründung anschließt, daß die Abänderungsanträge nicht gedruckt vorliegen, wird auf eine Erwiderung des Vorsitzenden, daß die Abänderungsanträge sich auf schriftliche und mündliche Änderungen beziehen, abgelehnt.

Das Schlußwort erhält der Berichterstatter Löbe-Berlin.

Berichterstatter Löbe-Berlin: Genosse Strübel hat die Arbeitsweise der Kommission bemängelt, die Redezeit von zehn Minuten, Marckwald hat hinzugefügt, daß mit der Hetzpeitsche gearbeitet worden wäre. Um nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob Opponenten des Programms vergewaltigt worden wären, stelle ich fest, daß es trotz dieser Redezeit den Opponenten möglich gewesen ist, bei den umstrittenen Absätzen drei- bis viermal das Wort zu ergreifen (hört, hört!), daß während meiner Leitung überhaupt nur zweimal ein Schlußantrag angenommen worden ist, und zwar einmal, ohne daß Opponenten auf der Rednerliste standen. Jeder zukünftige Parteitag könnte nicht anders beraten.

Dem Antrag, Richtlinien für die Gesundheitspflege zum nächsten Jahre aufzustellen, stimme ich zu. Er gehört zu dem anderen Aktionsprogramm und kann bis zum nächsten Jahre erledigt werden.

Bei der Agrarfrage gelten die Richtlinien von Kassel. Soll der Versuch wiederholt werden, ein besseres Agrarprogramm aufzustellen, so stehe ich dem nicht so ablehnend gegenüber wie Otto Braun, obwohl ich mir wegen der Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland keinen sicheren Erfolg davon verspreche. Die übrigen Abänderungsanträge empfehle ich mit dem Antrag Bader dem Vorstände zur Berücksichtigung zu überweisen.

Eins möchte ich noch hervorheben. Wenn wir der Partei heute ein neues Programm geben, so muß es mit der Autorität einer erdrückenden Mehrheit des Parteitages ins Land hinausgehen. (Sehr richtig!) Wenn Einstimmigkeit nicht zu erzielen ist, so müssen Einzelwünsche, wie sie Laufkötter geäußert hat, zurückgestellt werden. Alle müssen sich um das neue Banner scharen, die seine Grundsätze und seine prinzipiellen Linien bilden.

Ich habe den großen Unterschied des sozialdemokratischen Programms von denen anderer Parteien hervorgehoben. Aber vergessen wir eins nicht! Wir sind die größte Partei Deutschlands und sind es trotz aller Schläge in den Wirren des Krieges und der Revolution geblieben. Wir sind die größte der sozialistischen Parteien, und auf unseren Schultern ruht der demokratische Staat, dessen Bedeutung Stampfer in eindrucksvollen Worten auseinandersetzt. Denken Sie sich einen Augenblick unsere Partei fort aus der deutschen Politik oder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, dann verliert die deutsche Republik den stärksten Pfeiler, auf dem sie ruht, denn auf dem bürgerlich-demokratischen Pfeiler rechts und auch auf dem unabhängigen Pfeiler links würde sie nicht die nötige Stütze finden. Geben Sie dieser größten und stärksten republikanischen Partei ihre den neuesten Verhältnissen angepaßte republikanische Fahne, die uns voranreißt und Freunden und Gegnern sagen soll: Wir sichern diese Republik, wir wollen sie aber auch ausbauen zum sozialistischen Volkstaat! (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Bader, der dem Parteivorstand das Recht überträgt, stilistisch und redaktionell das Programm zu überprüfen und zu feilen, ohne dadurch den Geist und den Inhalt zu ändern, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird das Programm mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Das Resultat der Abstimmung wird mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das auf dem Görlitzer Parteitag beschlossen wurde.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korruption der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer blutiger Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeiführen drohen.

Zugleich hat der Weltkrieg morsche Herrschaftssysteme hinweggefegt. Politische Umwälzungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle opferreiche Arbeit von Geisteskräften, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner. Wichtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahres Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Diesem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Massen zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinns. Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinwirtschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen:

Wirtschaftspolitik.

Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Extensivierung oder das gänzliche Unbenutzlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Sozialpolitik.

Unbedingtes Arbeitsrecht. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirklicher Arbeiterschutz: Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von

höchstens acht Stunden, Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Aeüßerste Einschränkung der Nacharbeit für Männer. Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen. Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Uebelstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeiter möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Auf diesen Grundlagen Förderung des internationalen Arbeiterschutzes.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb.

Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Finanzen.

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals. Erbrecht des Reichs bei entfernteren Verwandtschaftsgraden, Pflichtteil des Reichs, abgestuft nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwendlichen Ueberschusses. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Verfassung und Verwaltung.

Sicherung der demokratischen Republik. Festigung der Reichseinheit. Ausbau des Reichs zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Ueberordnung der demokratischen Volksvertretung über die berufständischen Organisationen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

Gemeindepolitik.

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie einer einheitlichen Gemeindeverwaltungskörper. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstan-

dung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde, Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung.

Rechtspflege.

Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache. Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs, Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

Kultur- und Schulpolitik.

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Partei-sache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe (als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen), beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft.

Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes. Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Enttäuschung und Hoffnung

Unter diesem Motto brachte die Frankfurter „Volksstimme“ vom 26. September 1921 den nachstehenden Artikel. Er ist deshalb besonders aufschlußreich, weil hier noch einmal Bilanz gezogen wird über die Ergebnisse des Parteitages. Obwohl die Opposition durchaus während den Sitzungen sich genügend Gehör schaffen konnte, glaubte sie sich doch benachteiligt. Dieser Aufsatz umreißt noch einmal die gesamte Problematik der damaligen Lage und zeigt vor allem die Schwierigkeiten auf, ein Programm zu verkünden, das einen gewissen Dauerwert haben muß.

Der Parteitag, auf den die Massen unserer Parteigenossen große Hoffnungen setzten, war die schwerste Enttäuschung, die den breiten Massen unserer Genossen beschieden werden konnte. Auf abschüssiger Bahn bewegt sich die Politik der Partei nach rechts und führt die Arbeiterbewegung in Gefahren, aus denen nur die Entschlußfreudigkeit und die Begeisterung der Genossen aus den Reihen des Proletariats sie zu retten vermag. Formell sagt zwar die Resolution, die der Parteitag annahm, nicht, daß mit der politischen Interessenvertretung der Großindustriellen eine Regierung zu bilden ist, aber niemand zweifelt, daß ihr Zweck ist, einer solchen Regierung den Boden zu ebnen. Noch an jenem Sonntag, an dem der verhängnisvollste Parteitag der Sozialdemokratie eröffnet wurde, wandte sich der „Vorwärts“ gegen das „Berliner Tageblatt“, das behauptet hatte, „daß durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung die Steuergesetzgebung bald in Ordnung zu bringen sei“, und fuhr fort: „Wir sind nicht der Auffassung, daß die Entscheidung über die Koalition mit irgend einer Partei in Grundsätzen, eingebildeten oder wirklichen, wurzelt; man soll uns aber doch nicht zumuten, taktisch grundsätzlich falsch, das heißt zugunsten der Feinde der Republik, zugunsten der Gegner der Erfassung der Goldwerte, zugunsten der Förderer des deutsch-bayerischen Konfliktes und gegen das Wohl der breiten Massen zu handeln.“ Und weiter sprach sich der „Vorwärts“ aus, doch lieber auf die wachsende Einsicht der U. S. P. als auf die Früchte des republikanischen Patriotismus der Deutschen Volkspartei zu warten. Von etwa drei Parteiblättern abgesehen hatten sich alle Parteizeitungen mit mehr oder weniger Temperament im gleichen Sinne geäußert, die weitaus meisten Parteiversammlungen

hatten nicht anders entschieden. Und zwei Tage darauf hatte die überwältigende Mehrheit des Parteitages das Gegenteil beschlossen. Rechts schwenkt, marsch!

Die „Gründe“, die man dafür angab, fraßen sich selbst auf. Die Genossen Scheidemann und Eduard Bernstein belehrten uns, daß die schweren Gefahren, die der Republik drohen, nur durch Annahme der Resolution beschworen werden können. Genosse Hermann Müller behauptete, ernsthaft monarchistische Bestrebungen seien von der Volkspartei nicht zu fürchten, denn alle vernünftigen Menschen, auch die Großindustriellen, hätten ihm zugegeben, daß schon aus Gründen der auswärtigen Politik Deutschland eine demokratische Republik bleiben müsse.

Nun sind für das Regierungsprogramm Bedingungen aufgestellt, ohne die sich die Sozialdemokratie mit keiner Partei in eine Regierung einlassen darf. Wer die Zeiten des seligen Michaelis und seines auf das gleiche Regierungsprogramm hin verpflichteten Nachfolgers vergessen hat, mag nicht wissen, wie Regierungsprogramme „aufgefaßt“ und sabotiert werden. Auch der Vergeßliche, der nur an die Regierungen denkt, die uns seit der Wahl der Nationalversammlung beglückt haben, wird uns zugeben müssen, wie es der Genosse Hermann Müller tat, daß sie ihre Programme nicht durchgeführt haben. Worte sind auslegbar und die „Republikanisierung der Reichswehr“, die uns schon nach dem Kapp-Putsch feierlichst versprochen war, nun gar von der Volkspartei zu erwarten, setzt einen Optimismus voraus, der sich jenseits aller Erfahrungen sein Wolkenkuckucksheim errichtet.

Schwache Hoffnungen bleiben uns. Noch besteht die Möglichkeit, daß die Volkspartei so ehrlich ist, ihre Unterschrift unter Bedingungen zu verweigern, die sie nachher nur durch frivole Tüftelei an Worten in ihr Gegenteil verkehren würde. Noch brauchen wir die Erwartung nicht aufzugeben, daß der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, wie wir es von ihnen verlangen, den Nationalliberalen einschärfen werden, daß sie auf die neue Koalitionsregierung verzichten oder die Bedingungen in der Auslegung, die ihnen die sozialistische Arbeiterschaft gibt, sofort durchzuführen haben. Einige rechnen auf die Spaltung der Volkspartei, so daß nur ein paar ehrliche Ideologen, die von den Großindustriellen weder wirtschaftlich noch geistig abhängig sind, unter Trennung von ihrer Partei zur Regierungsbildung herangezogen werden würden. Und schließlich ist es nicht ausgeschlossen, daß unsere Genossen aus eigener aufrechter sozialdemokratischer Ueberzeugung oder unter dem Druck der Massen sehr schnell die neue Regierung verlassen werden, sobald sich herausgestellt haben wird, daß die ehrliche Durchführung des vom Parteitag aufgestellten Regierungsprogramms von ihr nicht zu erreichen ist.

Die Genossen von der Parteitagsmehrheit, die von der Distel Feigen zu ernten hoffen, glauben, eine neue Regierung, die von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht, werde an Arbeiterfreundlichkeit die bisherigen Regierungen überbieten, in einem Jahre würde die Opposition blamiert sein. Wir würden über diese Blamage jubeln; aber leider wird sie ausbleiben. Wir kennen die Volkspartei und „fürchten die Dange, auch wenn sie Geschenke bringen“.

Der Parteitag sprach sich für die Einigung mit den Unabhängigen aus, aber lehnte den Frankfurter Vorschlag ab, der den besten Weg zeigte, wie es zur Einigung kommen kann, den Grundsatz „Freiheit der Meinungsäußerung und Einheit im Handeln“. Wenn die Unabhängigen wahre Sachwalter des Proletariats sein wollen, müssen sie jetzt die Einigung auf Grund der Frankfurter Resolution anbieten. Un-

sere Partei würde das Angebot nicht zurückweisen. Wenn unsere Partei „taktische Wendungen“ unternimmt, die der „Vorwärts“, ehe er sie voraussah, als „zugunsten der Feinde der Republik“ und „gegen das Wohl der breiten Massen des Volkes“ gerichtet fand, so sind die Unabhängigen daran schuld, die durch ihre aussichtslose, von Wahlniederlage zu Wahlniederlage schreitende Sonderorganisation verhindern, daß die von unseren Frankfurter Genossen gewünschte Taktik in unserer Partei stets die Mehrheit findet. Ein Lichtblick ist, daß der Frankfurter Antrag auf Vornahme von Volksabstimmungen gegen die Klassenjustiz und für Enteignung des Vermögens der Hohenzollern wenigstens nicht abgelehnt, sondern der Reichstagsfraktion überwiesen wurde. Wenn unsere Genossen im Reichstag die Bewilligung unserer beiden Forderungen durchsetzen sollten, so soll es uns recht sein. Aber wir verlangen, daß sie sofort an die Arbeit gehen und sich von der Volksvertretung an das Volk wenden, sobald sich herausstellt, daß sie im Reichstag keine Mehrheit finden.

Ein neues Parteiprogramm fand Annahme. Es unterscheidet sich wesentlich in Aufbau und Inhalt von den vor dem Parteitag veröffentlichten Entwürfen. Wir wünschten die Vertagung der Programmrevision, weil wir die Einigung mit den Unabhängigen, die das „Erfurter Programm“ noch als das ihrige anerkennen, nicht erschweren wollen. Wir halten es für falsch, daß die Unabhängigen vor eine vollendete Tatsache gestellt worden sind. Wir mißbilligen es, daß ein neues Programm auf Grund eines Entwurfes zustande kam, zu dem die Parteiversammlungen nicht Stellung genommen hatten. Andererseits muß doch gesagt werden, daß sich die Partei des neuen Programms keineswegs zu schämen braucht. Im wichtigsten Punkt des grundsätzlichen Teils hat unsere Kritik Erfolg gehabt. Im neuen Programm ist, wie im alten, der Satz enthalten, ohne den wir nur noch mit Schmerz und Zorn das Programm unserer Partei zur Hand genommen hätten, der Satz, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Daß dieser Kampf um die Sicherung der Demokratie und die Verwirklichung des Sozialismus vom Programm zur Tat werde, das ist Aufgabe der Genossen im Lande. Der Enttäuschung, die uns der Parteitag brachte, folgte die Hoffnung auf die Kraft der Massen. Sie haben die Macht, ihren Willen durchzusetzen. Sie wählen die Kandidaten zu den Parlamenten, sie wählen die Delegierten zum Parteitag, sie sind die Herren der Partei. Nicht außerhalb der Partei und abseits vom Wege ist jetzt der Platz des denkenden Proletariats, nicht in einer der scheinradikalen Linksparteien, welche die Einigkeit der Arbeiterschaft und damit die Voraussetzung des Sieges vernichteten. „Was hilft ein Gott, der nur von außen stieße?“ Nicht mit Verzweiflung, sondern mit größerer Freude als je gehen wir an die Arbeit in der Partei und für die Partei. Wir zweifeln nicht, daß unsere konsequente Haltung, die unerschütterlich am zielbewußten Klassenkampf und an der unbedingten Demokratie festhält, sich früher oder später durchringen wird im Kampf gegen Schürer der proletarischen Zwietracht, im Kampf gegen die Parteien der Bourgeoisie, im Kampf auch gegen Irrgänge der eigenen Partei.